

Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf eines Abrechnungsfondsgesetzes in zweiter Lesung verabschiedet.

Gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dritte Lesung des Entwurfs für das Dritte Nachtragshaushaltsgesetz unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung durchzuführen. Beratungsgrundlage für die dritte Lesung sind die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 14/8320. Eine Debatte zur dritten Lesung ist nicht vorgesehen.

Also stimmen wir direkt ab, und zwar über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7930 entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/8320** ab. Diese Beschlussempfehlung empfiehlt, den Gesetzentwurf zum Dritten Nachtragshaushaltsgesetz in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wer ist dafür? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagemel. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und der **Gesetzentwurf Drucksache 14/7930 in dritter Lesung verabschiedet.**

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000, 14/7900

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 14/8000 – 14/8006,
14/8008, 14/8010 – 14/8015, 14/8020

Änderungsanträge
Drucksachen 14/8368 – 14/8449,
14/8451 – 14/8483

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 14/7001

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002, 14/7900

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8017

zweite Lesung

Als Tischvorlage liegen Ihnen insgesamt 115 Änderungsanträge der Fraktionen vor.

Ich weise auf das Beratungsverfahren hin, das die Fraktionen vereinbart haben. Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über den Änderungsantrag abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2009 in zweiter Lesung erfolgt ebenfalls morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 und 14 Uhr finden sicherlich zu Ihrer Freude, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Abstimmungen statt.

Ich weise noch darauf hin, dass die Fragestunde nach der Beratung über den Einzelplan 03 aufgerufen wird. Nach der Beendigung der Fragestunde fahren wir mit der Beratung über den Einzelplan 02 fort. Die Haushaltsberatungen werden heute nach der Beratung über den Einzelplan 01 unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Jetzt komme ich zum

**Einzelplan 08
Ministerium für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie**

Hier rufe ich zunächst auf:

**Teilbereich
Wirtschaft und Mittelstand**

Ich weise darauf hin, dass es hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8008 gibt. Und es gibt Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist unzweifelhaft: Die Wirtschaft ist im Umbruch, und die Wirtschaftskrise trifft auch NRW. Frau Thoben musste dies im Rahmen der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichtes deutlich machen. Sie hat die Zahlen dazu genannt.

Wenn wir uns seit Monaten beispielsweise den ifo-Geschäftsklimaindex angeguckt haben, haben wir auch auf die lange Strecke erkannt, welche deutliche Auswirkungen doch die Veränderungen auf den Weltmärkten in Deutschland – auch in Nordrhein-Westfalen – haben.

Deswegen ist es gut, dass im Bund die Große Koalition reagiert hat und ein Konjunkturpaket I und auch mittlerweile ein Konjunkturpaket II auf den Weg gebracht hat.

Ganz im Gegensatz zur Großen Koalition in Berlin allerdings hat Frau Thoben bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2009 für den Einzelplan 08 im Wirtschaftsausschuss gesagt: Trotz verringerter Wachstumsdynamik besteht kein Anlass für konjunkturpolitischen Aktionismus und staatliche Ausgabenprogramme.

Kolleginnen und Kollegen, das ist der Unterschied zwischen einer handelnden Bundesregierung und einer abwartenden und zögerlichen Landesregierung hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen – das konnte man im Wirtschaftsausschuss auch deutlich erkennen – ist Frau Thoben nahezu begeistert, dass sie trotz dieser schwierigen Zeiten keine neuen Handlungsspielräume erhält, sondern ihr Haushalt weiter geschröpft wird. Sie fliegt aus dem Innovationsfonds: Letztes Jahr noch 40 Millionen €, dieses Jahr im Einzelplan 08 null. Den hat nur noch Herr Pinkwart. Sie muss trotz der schwierigen Zeiten globale Minderausgaben in Höhe von 7 Millionen € zur Haushaltskonsolidierung aufbringen. Anstatt zu investieren wird an dieser Stelle gespart.

(Beifall von der SPD)

Und, Kolleginnen und Kollegen, die Kohlehilfen werden um 24 Millionen € abgesenkt, um 23,5 Millionen €, um genau zu sein. Das ist auch in Ordnung. Aber dann muss man dieses Geld auch so, wie es versprochen ist, für den Strukturwandel in den Bergbaurückzugsregionen einsetzen.

(Beifall von der SPD)

Diese Impulse kommen eben nicht, sondern es wird auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen weiter konsolidiert.

Gerade in diesem Zusammenhang – wenn ich bei den Kohlebeihilfen bin – verstehe ich wirklich überhaupt nicht, Frau Thoben, warum Sie und auch die CDU- und FDP-Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss nicht bereit waren, dem Antrag der SPD zuzustimmen, das zu tun, was Sie eigentlich immer versprochen haben, nämlich dann, wenn weniger Geld für die Steinkohlesubventionen auszugeben ist, dieses Geld auch zu nutzen, um die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen zu stärken. Wir haben einen solchen Haushaltsansatz vorgeschlagen. Sie haben ihn abgelehnt, Kolleginnen und Kollegen. Das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall von der SPD)

Im Koalitionsvertrag dieser Landesregierung steht: Die Landesregierung strebt für die Legislaturperiode ein kumuliertes Einsparvolumen von 750 Millionen € für das Land an. Einen Teil der durch den Subventionsabbau gewonnenen Finanzmittel wollen wir für neue Arbeitsplätze, Infrastruktur und städtebauliche Entwicklung in den Bergbauregionen einsetzen. – Das steht im Koalitionsvertrag. Umgesetzt wird davon null, Kolleginnen und Kollegen. Das ist einfach nicht korrekt.

(Beifall von der SPD)

Nur damit man dabei einmal ein Gefühl für Zahlen bekommt: Verglichen mit dem Haushalt 2006, diesem ersten ganz in Verantwortung von Frau Thoben für das gesamte Jahr aufgestellten Haushalt, werden mit den Ergänzungen, die uns jetzt vorliegen, für den Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen in 2009 168 Millionen € weniger ausgegeben, und davon kommt nichts als Landesgeld in den entsprechenden Regionen und in der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes an.

(Beifall von der SPD)

Wir sind kumuliert bei den Haushalten ab 2006 mittlerweile bei 281,5 Millionen €. Ich will die Zahl noch einmal sagen: 281,5 Millionen € hat der Finanzminister Frau Thoben weggenommen. Sie wehrt sich nicht und tut nichts für die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Das ganze Geld geht in Dagobert Linssens Geldspeicher. Das Dumme ist nur, Frau Thoben: Der Geldspeicher ist mittlerweile bei der WestLB abgegeben worden und eben nicht in den Strukturen Nordrhein-Westfalens, weder im Städtebau noch in der Infrastruktur, wiederzufinden.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Frau Thoben, Ihr Haushalt – ich sage das jedes Jahr, und das Blöde ist nur, es wird immer schlimmer – ist mutlos, ist planlos und ist ideenlos.

(Beifall von der SPD)

Er hat überhaupt keinen Esprit. Da springt kein Funke über. Da gibt es keine neuen Impulse,

(Zuruf von Sören Link [SPD])

keine Impulse für die Branchen. Frau Thoben tut nach wie vor so, als wäre alles gleich zu behandeln. Das ist aber eben nicht so. Die Medienbranche bringt andere Herausforderungen mit sich als die Automobilbranche. Gerade im Moment wird das deutlich. Dann muss darauf auch unterschiedlich eingegangen werden. Ungleiches muss auch ungleich behandelt werden.

Das Gleiche gilt für Regionen. Frau Thoben hat letztes Jahr schon davon geredet, der Strukturwandel wäre beendet. – Nein! Herr Wittke – er ist ja gerade weg – hat viel dazu beigetragen, dass die Problemlagen in Gelsenkirchen größer geworden sind.

(Beifall von der SPD)

Und die Problemlagen in Gelsenkirchen sind auch heute andere als im Hochsauerland. Aber Frau Thoben sagt: Nein, die Regionen werden gleich behandelt, da machen wir keine Unterschiede, da wird es keine speziellen Programme im Fokus geben. – Frau Thoben, das ist aus meiner Sicht nicht verantwortlich.

Ihr Haushalt – das noch einmal zur Feststellung – besteht eigentlich nur noch aus Drittmitteln. Er ist eine Verteilstation für EU- und Bundesgelder. Das Land tut eigentlich nichts für die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Ich warte auf den Tag, an dem Sie versuchen, die 2,1 Milliarden €, die der Bund für das Konjunkturpaket II nach Nordrhein-Westfalen gibt und die über den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen an die Kommunen weitergereicht werden sollen, als Landesprogramm zu verkaufen. Das traue ich Ihnen zu. So gehen Sie nämlich die ganzen Jahre schon mit Mitteln anderer um. Sie tun nichts selber dabei und versuchen, sich mit anderen Geldern Federn an den Hut zu stecken.

Ich habe allerdings mittlerweile großes Verständnis dafür, dass Ihnen der Finanzminister kein zusätzliches Landesgeld gibt. Wissen Sie auch, warum? – Weil Sie mit dem Geld, das Sie zur Verfügung haben, nicht einmal ordentlich umgehen können. Sie kriegen es ja nicht einmal verausgabt. Sie kriegen es nicht einmal hin, dass es dort ankommt, wo es hingehört.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Richtig!)

Das größte Beispiel sind die Ziel-2-Mittel. Eine so freundliche Formulierung, wie ich sie Ihnen jetzt vorlese, werden Sie mir gar nicht zutrauen. Ich zitiere das einmal. Sie haben ja das Ziel-2-System, das ich für zu teuer, für intransparent, für planlos, aber vor allem für zu langsam halte – die Impulse kommen gerade jetzt in der wirtschaftlichen Situation in den Unternehmen nicht an –, nicht wirklich vorangebracht. Sie schalten Wettbewerbe, über die wir

hier schon oft diskutiert haben. Das will ich heute nicht machen. Aber ich zitiere einmal:

Soweit Wettbewerbe vorgeschaltet waren, ist es zu Verzögerungen bei der Erteilung von Zuwendungsbescheiden gekommen. Dies hat zur Folge, dass die im Haushaltsjahr 2008 verfügbaren Verpflichtungsermächtigungen nicht ausgeschöpft worden sind.

So freundlich habe ich über Ihr Versagen noch nie gesprochen. Aber es wird in diesen Worten deutlich. Da ich nicht so freundlich darüber spreche, sind diese Worte auch nicht von mir. Das sind Originalzitate aus der Begründung von Änderungsanträgen von CDU und FDP zu diesem Haushalt.

(Beifall von der SPD)

Da wird deutlich, dass auch in diesen Reihen Ihr Versagen mittlerweile klar geworden ist und angekommen ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich freue mich, Frau Thoben, dass ich von Ihnen als Antwort auf die Kleine Anfrage zum Thema Ziel-2 auch endlich eine Antwort darauf erhalten habe, wie viele Ziel-2-Mittel in 2007 und 2008 gemessen an den Veranschlagungen für die Ausgabebereiche in 2007 und 2008 bisher in Wettbewerben verausgabt worden sind. Insgesamt reden wir bei diesem Riesenprogramm – 1,2 Milliarden € über die ganze Laufzeit allein aus NRW als Landesanteil – von 25,1 Millionen €, die bisher verausgabt sind. In 2007 und 2008 sind 25,1 Millionen € geflossen. Das sind bei den EU-Mitteln exakt 7 % und bei den Landesmitteln 9,2 % dessen, was in 2007 und 2008 verausgabt werden sollte.

Sie sind nicht einmal bei einer Planerreicherung von 10 %. Weil hier gerade eine „Volkskammerabstimmung“ mit CDU, FDP und dem Kollegen Sagel kam: Sie sind weit hinter dem Plan, wie das damals geregelt war, wenn ich Ihnen das sagen darf.

(Beifall von der SPD)

Es hilft aber nicht, dass wir uns aufregen, weil die wirklichen Auswirkungen die Menschen zu spüren haben, diejenigen, für die Innovation vorangetrieben werden soll. Da, wo neue Projekte gestartet werden sollen, kommt nichts an, weil Sie es nicht organisiert bekommen, dass die Mittel, die Ihnen von anderen zur Verfügung gestellt werden, in den wirtschaftlichen Strukturen Nordrhein-Westfalens Gutes bewirken können. Insofern ist klar, dass der Finanzminister Ihnen nicht noch etwas obendrauf geben möchte.

Auch bei der Bürgschaftsrahmenerhöhung wollen Sie etwas Richtiges tun. Sie wissen aber überhaupt nicht, wie Sie damit hinterher umgehen sollen. Überhaupt kein Plan! So verstehe ich auch, dass es mittlerweile Äußerungen gibt, wie sie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 29. August 2008 unter der

Überschrift „Thobens Mitarbeiter gefrustet“ veröffentlicht hat. Ich habe Verständnis für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Frau Thoben. Wenn die Hausführung so arbeitet, wie das hier passiert, können das Mitarbeiter nicht motivierter umsetzen, als es dort zu lesen gewesen ist.

Wenn Sie uns stetig 39 Jahre vorwerfen, kann ich Ihnen nur sagen: Dieser Haushaltsplanentwurf ist 39 Monate nach Ihrer Regierungsübernahme eingebracht worden, und er wird von Jahr zu Jahr planloser, mutloser, und ideenloser. Mittlerweile ist er auch extrem schwach in der Umsetzung. Und, Kolleginnen und Kollegen: Damit passt er gut zu der Ministerin, die ihn zu verantworten hat. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Eiskirch. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Das Umfeld der heutigen Haushaltsberatungen des Wirtschaftshaushaltes ist schnell beschrieben – die Zahlen kennen wir alle –: Die Bundesrepublik Deutschland steht am Beginn der schwersten Rezession seit ihrem Bestehen. Das wirkt sich natürlich auch auf das Land Nordrhein-Westfalen aus.

Herr Kollege Eiskirch, nach Ihrer Rede

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war eine sehr gute Rede! Jetzt wird es schwierig für Sie!)

kann ich nur feststellen: Schon in normalen Zeiten, aber gerade in diesem schwierigen Umfeld ist es gut und richtig, dass wir regieren und nicht Sie.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben lange genug Zeit gehabt zu zeigen, was passiert, wenn Sie in diesem Land Wirtschaftspolitik machen. Das Wachstum in Nordrhein-Westfalen ist nämlich über Jahrzehnte hinweg hinter dem Wachstum der Bundesrepublik Deutschland zurückgeblieben.

(Zustimmung von der CDU)

Sie haben das zu verantworten. Sie haben ideenlose Wirtschaftspolitik gemacht, die Sie jetzt Ministerin Christa Thoben vorwerfen, und vor allem haben Sie erfolglose Wirtschaftspolitik betrieben, und das sogar nachweislich. Meine Damen und Herren, das ist die Bilanz, die Sie übergeben haben. Deswegen ist es richtig, dass jetzt, in schwierigen Zeiten, Kompass und Kompetenz die Oberhand gewinnen vor Leuchttürmen und Aktionismus. Das ist anständige Wirtschaftspolitik und überhaupt nichts anderes.

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Angriff ist die beste Verteidigung!)

Das Land Nordrhein-Westfalen ist für die heraufziehende Wirtschaftskrise

(Zuruf von der SPD: Die ist schon da!)

gut gerüstet. Wir haben in den vergangenen Jahren das wirtschaftliche Fundament Nordrhein-Westfalens wesentlich gestärkt. Erstmals seit den 70er Jahren gehen wir mit einer verringerten Sozialarbeitslosigkeit in einen heranziehenden Abschwung.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

Die Zahl der Arbeitslosen ist so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr; sie konnte seit 2005 allein für Nordrhein-Westfalen um 350.000 verringert werden. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war zum Ende des letzten Jahres auf Rekordniveau. Und – ich habe es bereits ausgeführt – Nordrhein-Westfalen hat seit 2006 endlich wieder zum Bund aufgeschlossen.

Deshalb, meine Damen und Herren, aber auch dank der erreichten Qualität und Flexibilität ihrer Mitarbeiter sind die Unternehmen in einer guten und starken Position, die derzeitige schwierige Lage besser bewältigen zu können als früher.

Wenn Sie, verehrte Kollegen der Opposition, auch nur annähernd so gut aufgestellt wären, dann hätten wir zur Wirtschaftspolitik sicherlich schon spannendere Debatte gehabt. Sie reagieren auf die Krise mit reiner Oppositionsrhetorik und maximal mit unausgegorenen Vorschlägen, von denen ich fast den Eindruck habe, sie entstammten dem Kursus „Wirtschaftskrise leicht gemacht“ der örtlichen Volkshochschule.

(Karl Schultheis [SPD]: Sagen Sie doch mal was zur Sache!)

Die Landesregierung hat bereits im August ein Antirezessionsprogramm gefordert und vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt war die gesamte Opposition noch im Tiefschlaf versammelt und hat dieses Programm belächelt und bekrittelt. Wie richtig es war, bereits damals vorausschauend zu agieren, dürfte jetzt eigentlich auch dem Letzten klar geworden sein.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wollen Sie nicht noch mal neu starten? – Unruhe von der SPD)

– Ich bin froh, dass Sie so lebhaft reagieren. Es scheint Ihnen nicht zu gefallen, was ich Ihnen alles erzählen muss. Das merke ich und freue mich darüber.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Irgendwo muss doch mal Substanz in Ihre Rede kommen!)

Mit diesem Haushalt legen wir die Grundlagen dafür, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gestärkt aus der Krise hervorgehen kann, wenn sie denn einmal zu Ende ist.

Das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt sich mit rund 7,5 Milliarden € an den Maßnahmen zur Sicherung der Banken und zur Stimulierung der Wirtschaft, am Bankenrettungspaket mit bis zu 1,7 Milliarden €, an den Konjunkturpaketen I und II mit 1,5 Milliarden € und am Investitionspakt für die Kommunen bis schätzungsweise 500 Millionen €. Darüber hinaus stehen im Landeshaushalt 2009 ohnehin schon etwa 2,4 Milliarden € für konjunkturwirksame Investitionen bereit, übrigens so viel wie noch nie in der Landesgeschichte. Zudem erhöhen wir den Bürgschaftsrahmen des Landes für Unternehmen von 900 Millionen € auf 1,5 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, das ist genau die richtige Politik. Es geht darum, in Nordrhein-Westfalen Strukturen zu erhalten, die stark und gesund sind. Die Bundeskanzlerin hat das in ihrer Regierungserklärung zum Konjunkturpaket II hervorragend formuliert. Das gilt genauso für NRW.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Und wo sehen wir das?)

Ich zitiere:

Mithilfe der staatlichen Bürgschaften werden wir ein Vielfaches an privaten Investitionen auslösen. Ziel dieses Bürgschaftsprogramms ist, dass keine gesunden, wettbewerbsfähigen Betriebe, die häufig mit ausgezeichneten Weltmarktpotenzialen ausgestattet sind, aufgrund der Verwerfung im Bankensektor verloren gehen. ... Es geht nicht um Betriebe, die Schwächen haben. Es geht um Betriebe mit herausragendem Potenzial, die zu jeder normalen Zeit sofort Kredite bekommen würden und die wir jetzt besonders schützen.

Meine Damen und Herren, das ist die richtige Politik: maßgeschneidert und situationsadäquat – nicht mit dem Füllhorn!

Deswegen hat das Wirtschaftsministerium auch früh ein passgenaues Instrumentarium zur Verfügung gestellt. Mit den Experten der NRW.BANK und der Beratung aus dem Ministerium stehen Ressourcen zur Verfügung, die genutzt werden können und auch genutzt werden. Im Fokus dieser Instrumentarien stehen vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die trotz solider Substanz von der Krise erfasst werden.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen in der Wirtschaftspolitik mehr als nur das tun. Das machen wir auch. Wir müssen uns wieder um den industriellen Sektor und mehr um seine Stärkung kümmern. Wir können uns gerade in dieser Situation Blockaden nicht mehr leisten. Sie schaffen zusätzliche Risiken für Wachstum und Beschäftigung.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wo denn?)

Deshalb müssen geplante Investitionen im Land wie bei der Erneuerung des Kraftwerksparks, beim Bau industrieller Infrastruktureinrichtungen oder beim Bau von Produktionsanlagen schnellstmöglich realisiert werden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was tun Sie denn da?)

Das schafft zusätzliches Vertrauen in den Standort.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Herr Kollege, was tun Sie vor Ort? Erzählen Sie doch keine Märchen! – Zuruf von Norbert Römer [SPD])

– Herr Kollege Römer, Sie rufen gerade so schön dazwischen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie sind ein Märchenerzähler!)

Wie weit Sie sich von der Basis der Industriearbeiter in Nordrhein-Westfalen entfernt haben, zeigt Ihnen jetzt der Bundesvorstand Ihrer eigenen Gewerkschaft IG BCE. Man kann nachlesen, was er von Ihrer Energie- und Industriepolitik hält.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben sich von den Industriearbeitern weiter entfernt, als ich Wege überhaupt messen kann. Das ist leider die Wahrheit.

(Lachen von Norbert Römer [SPD] – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber Sie erzählen Märchen bezogen auf Ihre Industriepolitik! Vor Ort sind Sie ganz anders! Sie sind ein Wolf im Schafspelz! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die Belegschaften und die Mitarbeiter tragen es, Herr Kollege Römer, auf Dauer einfach nicht mit, wenn Sie die Ergebnisse der Auktionenverhandlungen in Brüssel loben und sagen, das sei wunderschön.

Wir haben Ihnen von Anfang an in diesem Hause mehrfach gesagt, dass das Kraftwerkserneuerungsprogramm affektiert wird. Das haben wir immer gewusst; das haben wir immer vorhergesehen. So ist es jetzt gekommen. Die Quittung haben Sie von Ihrem eigenen Bundesvorstand erhalten, Herr Kollege Römer. Diese Politik ist nicht im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von Norbert Römer [SPD])

Herr Kollege Eiskirch, ich konnte schon ahnen, was zum Thema Ziel 2 kommt. Sie haben wiederholt, was wir schon im Ausschuss diskutiert haben. Damals war der Vorstandsvorsitzende der NRW.BANK mit dem gesamten Vorstand anwesend. Nach meinem Dafürhalten hat er überzeugend dargelegt, wie Wettbewerbsverfahren in Zukunft geprüft und be-

handelt werden. Er hat im Ausschuss ein schlüssiges Konzept seiner Bank dargestellt, wie das funktionieren kann. Also, meine Damen und Herren, sind wir bei Ziel 2 für die Zukunft hervorragend aufgestellt.

Wenn Sie in Brüssel ab und an unterwegs sind – das sind wir hoffentlich alle – und mit Mitarbeitern der EU-Kommission sprechen, sollten Sie zuhören, was sie Ihnen zu Wettbewerbsverfahren in Nordrhein-Westfalen erzählen. Sie sagen nämlich, sowohl das Wettbewerbsverfahren als auch seine Administrierung seien Best Practice.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Sie können sicher sein, dass dort klar gesagt wird, Nordrhein-Westfalen sei europaweit ein gutes Beispiel für die Behandlung der Ziel-2-Mittel. Nur Sie, Herr Kollege Eiskirch, haben das noch nicht erfahren; das wird aber möglicherweise noch der Fall sein.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Sie haben gezeigt, warum Ihre Wirtschaftspolitik nicht erfolgreich war. Wir haben Konzepte. Wir reagieren passgenau. Wir addieren und subtrahieren nicht, sondern tun etwas für die Unternehmen, für die Menschen und für die Arbeitsplätze. Wir haben Kompetenz und Kompass. Wir gehen mit Kompetenz und Kompass durch die Krise.

Genau das stellt der Wirtschaftshaushalt 2009 dar; das macht ihn aus. Frau Ministerin Thoben, ich bin dankbar für die Vorlagen zu diesem Haushalt. Wir werden ihn mittragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Lienenkämper. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Brockes das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Eiskirch, Ihre Rede war nur laut. Sie haben versucht, mit der Lautstärke über den fehlenden Inhalt hinwegzutäuschen. Das war sehr schwach. Eigentlich hätten Sie leise reden müssen. Denn 47,5 %, also fast die Hälfte des Haushalts des Wirtschaftsministeriums, werden immer noch durch ihre verfehlte Energiepolitik belastet, da diese Mittel durch die Subventionierung der Steinkohle nach wie vor gebunden sind.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte über den Wirtschaftshaushalt steht ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise und der extremen Herausforderungen, die sie für die staatlichen Akteure darstellt. Das RWI rechnet damit, dass in diesem Jahr die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen um 2 % zurückgeht.

Diese Entwicklung wird auch am Arbeitsmarkt nicht spurlos vorübergehen. In einem aktuellen Konjunkturbericht geht das RWI davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2009 um knapp 40.000 zunehmen wird. Das war die schlechte Nachricht; wir hatten sehr viele solcher Nachrichten in letzter Zeit.

Die gute Nachricht ist: Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren erheblich aufgeholt und steht heute besser da denn je! Während Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün stets der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hinterherhinkte, können wir jetzt wieder mit dem Bund Schritt halten. In den 90er-Jahren und zu Beginn dieses Jahrtausends wuchs die NRW-Wirtschaft zumeist deutlich langsamer als im übrigen Bundesgebiet. In den letzten Jahren dagegen lag die Wachstumsrate wieder auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts.

Seit dem Regierungswechsel im Mai 2005 sind in Nordrhein-Westfalen 335.000 Menschen weniger arbeitslos. In der gleichen Zeit sind mehr als 370.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen worden. Einen solchen Zuwachs an Arbeitsplätzen hat es in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben.

Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind heute besser als jemals zuvor für die derzeitige wirtschaftliche Lage gerüstet. Dazu hat auch die Reformpolitik der letzten Jahre beigetragen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist zweifelhaft!)

Jetzt zählt sich aus, dass wir eine Wirtschaftspolitik gemacht haben, die konsequent an den Interessen und Bedürfnissen des Mittelstandes ausgerichtet ist. Denn die rund 720.000 kleinen und mittleren Unternehmen sind das eigentliche Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Sie beschäftigen rund zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, stellen über 80 % der Ausbildungsplätze zur Verfügung und schaffen die meisten neuen Arbeits- und Ausbildungsplätze in diesem Land.

Meine Damen und Herren, die Koalition aus FDP und CDU hat in ihrer fast vierjährigen Regierungsverantwortung eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um die Rahmenbedingungen für mittelständische Betriebe und Existenzgründer zu verbessern und bürokratische Hürden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beseitigen. Dazu gehören zum Beispiel die Abschaffung des überaus bürokratischen Tarifreuegesetzes, das neue Gemeindewirtschaftsrecht, das Handwerk und Mittelstand vor unfairer Konkurrenz durch kommunale Unternehmen schützt, oder die landesweite Einrichtung von Startercentern, in denen Gründungsberatung und die Abwicklung von Gründungsformalitäten aus einer Hand angeboten werden.

Seit 2005 wurden fünf Mittelstandspakete auf den Weg gebracht,

(Thomas Eiskirch [SPD]: Und das Mittelstandsgesetz abgeschafft und die Neuregelungen nicht auf den Weg gebracht!)

in denen insgesamt 34 Einzelmaßnahmen zugunsten des nordrhein-westfälischen Mittelstandes, zur Stärkung der Selbstverwaltung der Wirtschaft, zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Betriebe und zur Abschaffung überflüssiger bürokratischer Vorschriften gebündelt wurden.

Bei all diesen Maßnahmen haben wir uns an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, der unternehmerischen Freiheit und des fairen Wettbewerbs orientiert. Die ordnungspolitischen Leitlinien der Koalition – „Privat vor Staat“, „Freiheit vor Gleichheit“, „Erwirtschaften vor Verteilen“ – haben sich in den vergangenen wirtschaftlich guten Jahren bewährt und Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne gebracht.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Diese Leitlinien dürfen gerade in den jetzigen wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht über Bord geworfen werden. Insbesondere in der Krise ist es erforderlich, einen klaren wirtschaftspolitischen Kompass zu haben.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, was der Staat in der überaus schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, tun kann und was er vielleicht besser lassen sollte. Dies bedarf einer sorgfältigen Abwägung, denn staatliche Kriseninterventionspolitik, wie sie derzeit diskutiert wird, hat einen hohen Preis: Die Konjunkturpakete werden zwangsläufig eine massive Ausweitung der öffentlichen Verschuldung zulasten der künftigen Generationen mit sich bringen. Deshalb stehen wir in der besonderen Verantwortung, jede einzelne Maßnahme auf ihre Sinnhaftigkeit, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu überprüfen. Wir dürfen keine Strohfeuer anfachen, in denen viel Steuergeld verbrannt wird, aber am Ende nur ein Häufchen Asche übrig bleibt.

Darüber hinaus achten wir darauf, dass marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse nicht durch staatliches Handeln behindert werden. Das mag vielleicht kurzfristig Erfolg versprechen, hinterher kommt dann aber regelmäßig das böse Erwachen.

(Beifall von der FDP)

Das aktuelle Beispiel von Qimonda in Sachsen zeigt doch einmal mehr, dass ein noch so großes staatliches Engagement und selbst Hunderte Steuermillionen kein Garant für das Überleben des Unternehmens waren.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist, war und bleibt eine Illusion, dass der Staat im großen Stil Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft sichern kann. Es gehört nun einmal zum Wesen der sozialen Marktwirtschaft, dass unrentable und nicht mehr wettbewerbsfähige Unternehmen sich nicht mehr am Markt behaupten können, zugleich aber neue, innovative Unternehmen auf den Markt kommen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Aha!)

Das ist genau das, was Joseph Schumpeter 1942 als „schöpferische Zerstörung“ bezeichnete.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Weiterer Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Auf diesem – Herr Professor Bollermann, hören Sie gut zu – von Innovationen ausgelösten Prozess baut jede ökonomische Entwicklung auf. Durch die Zerstörung alter Strukturen werden die Produktionsfaktoren immer wieder neu geordnet. Die Zerstörung ist also nicht etwa ein Systemfehler, sondern notwendig, damit Neuordnung stattfinden kann. In allen bekannten Fällen, in denen der Staat versucht hat, diese Prozesse aufzuhalten, ist er am Ende gescheitert. Holzmann lässt grüßen!

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Aufgabe der Politik ist es vielmehr, die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft sicherzustellen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmen so zu verbessern, dass sie die konjunkturellen Probleme leichter bewältigen können. Ob das zweite Konjunkturpaket des Bundes mit einem Gesamtvolumen von 50 Milliarden € tatsächlich die erhofften Wirkungen entfalten kann, wird sich zeigen. Und auch bei der Frage, ob die dafür in Kauf genommene drastische Ausweitung der Staatsverschuldung gerechtfertigt ist, gehen die Bewertungen auseinander. Die Erfahrungen, die Deutschland in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit Konjunktursteuerung gemacht hat, mahnen uns jedenfalls zur Vorsicht.

Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass sich die FDP eine Reihe von Verbesserungen an dem Maßnahmenpaket vorstellen könnte. Gemeinsam mit vielen renommierten Wirtschaftswissenschaftlern sind wir der festen Überzeugung,

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

dass die Entlastung, Herr Kollege Eiskirch, von denjenigen, die die Krise letztendlich zu bewältigen haben, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern und den Betrieben, in dem Konjunkturpaket zu kurz kommt.

(Beifall von der FDP)

Sowohl die Landesregierung als auch die Koalitionsfraktionen agieren in der gegenwärtigen Lage äußerst umsichtig und verantwortungsvoll. Lassen

Sie mich diesbezüglich abschließend auf einige Punkte eingehen.

Wir lassen die automatischen Stabilisatoren wirken und sparen nicht gegen die Krise an.

Trotz der extrem schwierigen Haushaltslage des Landes gelingt es uns, auf Rekordniveau in Bildung und Infrastruktur zu investieren.

Die zur Verfügung stehenden Kredit-, Bürgschafts- und Beratungsprogramme zur Liquiditätssicherung, Investitionsstärkung sowie zur Neuausrichtung von Unternehmen wurden erweitert bzw. angepasst. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wird im Haushaltsgesetz 2009 der Bürgschaftsrahmen um 900 Millionen € auf 1,5 Milliarden € angehoben. Um das Vergaberecht zu vereinfachen und Investitionen zu beschleunigen, werden die Wertgrenzen für die Vergabe öffentlicher Aufträge sowohl des Landes als auch der Kommunen kräftig erhöht.

Meine Damen und Herren, mit diesen und anderen Maßnahmen leistet das Land eigene sinnvolle Beiträge zur Bewältigung der gegenwärtigen Lage.

(Beifall von der FDP)

Wir schaffen damit Voraussetzungen dafür, dass Nordrhein-Westfalen gestärkt aus der Krise hervorgeht. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Jetzt hat der Abgeordnete Priggen für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor welchem Hintergrund findet die Debatte über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums statt? Das haben Herr Brockes und auch Herr Lienenkämper angesprochen. Sie findet statt vor dem Hintergrund dessen, was gestern im Bundeskabinett geschehen ist, vor dem Hintergrund dessen, was wir diskutieren, seitdem der Ministerpräsident im August des vergangenen Jahres das erste Mal das Problem einer möglicherweise drohenden Rezession angesprochen hat.

Wir sprechen hier über einen Haushalt, der vorgelegen hat, bevor die Bundesregierung gestern ein zweites Konjunkturpaket über 50 Milliarden € auf den Weg gebracht hat. Vorher gab es bereits eines über 30 Milliarden €:

Geschätzter Herr Kollege Lienenkämper, das, was Sie gerade alles erzählt haben – das Umfeld der Haushaltsberatungen ist schnell beschrieben, und dann sind Sie auf lauter Schlagwörter gekommen –, ist für mich, ehrlich gesagt, ein Stück weit eine Verweigerung vor der Realität, vor der wir jetzt stehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn ich mir den Haushalt anschau, dann ist darin nichts enthalten, was mit der bedrohlichen Lage zu tun hat, über die wir diskutieren – nichts! –, nicht einmal mehr die Kosten.

Ich will nur auf einen Punkt eingehen, die Abwrackprämie. Diese Abwrackprämie, so wie sie in Berlin eingestielt worden ist, halte ich für eine zutiefst unsinnige Maßnahme. Warum soll ich ein neun oder zehn Jahre altes Auto, das völlig in Ordnung ist, das jemand noch Jahre fahren kann, in die Schrottpresse geben und das mit 2.500 € staatlichem Geld bezuschussen lassen, was wir nachher alle wieder über Schulden abzahlen müssen? Was soll sinnvoll daran sein, vernünftiges Vermögen zu vernichten und in die Schrottpresse zu stecken? – Dies ist nur ein Beispiel. Es gibt noch viele weitere Beispiele dieser Art.

(Beifall von den GRÜNEN)

Warum ich das als Beispiel anführe? Weil wir aus Nordrhein-Westfalen mit 300 Millionen € an den Kosten beteiligt sind, die dafür in diesem Jahr anfallen werden. Das heißt, die Negativposition ist auch noch nicht im Haushalt enthalten, allerdings sind wir sicher, dass sie kommt.

Herr Lienenkämper, Sie haben gerade gesagt, die Landesregierung sei seit August in der Diskussion über ein Antirezessionsprogramm. Sie habe es vorgelegt und gefordert. – Wir lassen die Feinheiten über das, was sie gefordert hat, weg. Seit August zumindest läuft die Diskussion.

Ich gucke mir einmal an, was im Haushalt an ganz konkreten Maßnahmen enthalten ist, um die Rezession zu wirken. Ich habe das bisher so verstanden: Was wir machen müssten, wäre, uns Maßnahmen herauszusuchen, die möglichst schnell beschäftigungswirksam und langfristig vernünftig sind.

Die Abwrackprämie fällt für mich nicht darunter, aber lassen wir das jetzt einmal weg. Die Ministerin hat das im Übrigen in Ihrer Rede bei der Sondersitzung neulich selber gesagt. Ich will Frau Ministerin Thoben einmal zitieren: „Sinnvoll sind Maßnahmen, die nicht nur die Nachfrage stärken, sondern die Rahmenbedingungen für einen mittelfristig höheren Wachstumspfad verbessern.“ Da sind wir sicherlich im Konsens.

Jetzt ist die Frage: Was ist konkret drin? Da finde ich nichts! Es ist mehrfach gesagt worden – das sehe ich als einen gewissen Winkelzug –, infrastrukturelle, investive Maßnahmen, die sowieso im Haushalt aufgeführt sind, würden jetzt als Konjunkturmaßnahmen verkauft. Gut. Aber lassen wir das.

(Beifall von den GRÜNEN)

Neue Zielsetzungen, neue additive Dinge sind nicht enthalten. Was ich als das Schlimmste empfinde – das hat der Kollege Eiskirch richtigerweise angesprochen –, ist, dass der Haushalt des Wirtschaftsministeriums auf der einen Seite langweilig ist, da

ein großer Teil durch die Steinkohleverpflichtungen festgelegt ist. Diese sind im Übrigen auch in der langfristigen Hypothek sogar einmal einstimmig beschlossen worden. Dieser Teil ist gebunden, daran wird weiter gearbeitet, er wird weiter reduziert. Der Weg ist auch absolut richtig.

Er war ansonsten für das Parlament immer ein bisschen langweilig, weil der zweite dicke Posten, die Ziel-2-Mittel, die über sieben Jahre angelegt sind, für uns relativ wenig Diskussionsraum geben. Ich fand es positiv – das will ich ganz klar sagen –, dass Frau Ministerin Thoben, anders als wir es früher in der Regierung gemacht haben – das sage ich ganz ausdrücklich –, mehr Transparenz gebracht hat, indem sie die Wettbewerbsbereiche und anderes transparenter dargestellt hat.

(Beifall von Werner Jostmeier [CDU])

Ich fand es ebenfalls positiv – um das ganz klar zu sagen –, dass versucht worden ist, über diese Wettbewerbsorganisation einmal etwas anders zu machen.

Die Rezessionsdrohung ist seit August vom Ministerpräsidenten thematisiert worden. Wir wissen seitdem, ohne in Panik zu verfallen, dass wir gegensteuern müssten. Wenn Frau Ministerin in ihrer Rede selber gesagt hat, wir sind stärker betroffen, weil bei uns bestimmte Bereiche – auch gemessen am Bundesschnitt – ein bisschen stärker bedroht sind, dann wäre doch die Frage: Kann man nicht auch aus den vorhandenen Mitteln des Landes Teile zur Beibehaltung des Wettbewerbs – von mir aus in den Bereichen, die bereits angelaufen sind –, Teile der Gelder aus dem Ziel-2-Programm nehmen, um damit genau entsprechend diesem Gedanken antirezessive Maßnahmen im Bereich Handwerk, Gebäudewirtschaft und Ähnliches zu fördern?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich meine nur Punkte, über die wir keinen politischen Dissens haben und die ganz eindeutig im Bauhandwerk positive Beschäftigungswirkung haben, um diese Bereiche zu stabilisieren oder Beschäftigung aufzubauen, die zwangsläufig woanders wegfällt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Dann müssen sie aber viel schneller werden!)

Das sind die Maßnahmen, die wir diskutieren müssen. Ich kann Ihnen sagen: Wenn wir in der Regierung wären, würden wir seit August diskutieren, was es für konkrete Möglichkeiten gibt, die man dafür nutzen könnte. Ich hätte erwartet, dass es so etwas wie eine Taskforce zwischen Handwerk, Abgeordneten der Regierungsfractionen und Ministerium gibt, die überlegt, ob in den bekannten Programmszenarien mit den bekannten Mitteln, ohne das Rad neu zu erfinden, Maßnahmen in Angriff genommen werden können, die über die Ziel-2-Zielsetzung

gedeckt sind und die man schnell so umsetzen kann, dass sie unten abgefordert werden. Solche Programme gibt es!

Ich will eines erwähnen: Das, was wir früher unter REN gemacht haben, was bei Ihnen unter Progress lief – das sind die Leute, die hier alle hinten in den Reihen sitzen, die das früher schon fachlich bearbeitet haben –, ist ein Programm, bei dem mit 1 € staatlichem Geld 5 € Investitionen losgetreten worden sind. Und ich rede jetzt nicht über unsere Streitfelder wie Windräder oder Ähnliches.

Um klarzustellen, was ich meine, möchte ich ein kurzes Beispiel anführen: Umstellung von Nachtspeicherheizungen – 500.000 Stück bei uns, 1,4 Millionen im Bund. Angela Merkel sagt, die sollen in zehn Jahren alle abgeschafft sein. Das ist ökologisch und ökonomisch richtig, weil die Stromheizung die teuerste sein wird.

Obwohl ich ein Anhänger des Ordnungsrechts bin, ist mir klar: Wir bekommen es nicht mit dem Ordnungsrecht hin, sondern nur dann, wenn wir einen additiven Zuschuss geben. Das wäre über das Ziel-2-Programm gedeckt. Um das ganz klar zu sagen: Eine alte Nachtspeicherheizung zu ersetzen, ist eine handwerkliche Leistung. Es müssen Heizkörper und Rohre verlegt werden; es ist ein Bauhandwerk.

Als Fraktion haben wir uns gefragt: Was müssten wir investieren, um die Zielsetzung von Angela Merkel zu erreichen? Man könnte hier ansetzen. Zuerst müsste man mit den Wohnungsbaugesellschaften reden, die große Bestände haben. Anschließend müsste man aus dem Ziel-2-Programm die Wettbewerbsorientierung nur in Teilen weiterführen, einen Teil nehmen und sagen: Das machen wir. – Das würde sich alles decken; darüber bestünde kein Streit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber man müsste es als Signal alsbald auf den Weg bringen, weil man natürlich diejenigen, die das machen wollen, so weit in der Vorbereitung gewinnen müsste, dass es ab April umgesetzt werden und die Arbeit beginnen kann. Denn es ist natürlich klar, dass so etwas nicht mitten in der Heizperiode zu machen ist. Damit die Wohnungsbaugesellschaften entscheiden, bedarf es klarer Signale der Regierung. Es bedarf auch klarer Anreize, was fließen soll. Instrumente sind da, Wege sind da. Es ginge also.

Wenn dann die Bilanz gezogen wird – damit komme ich auf das Negative –, was Thomas Eiskirch eben gemacht hat, stellt man fest: Es stehen 2,5 Milliarden € als Programmrahmen zur Verfügung. Ein Viertel der Laufzeit ist vorbei. Jedoch ist nicht ein Viertel der Summe bewilligt oder auf den Weg gebracht worden, sondern die Bewilligungssumme umfasst lediglich rund 100 Millionen €.

Im Detail finden sich Einzelpositionen wie Zuschüsse für die Energieagentur, die ich richtig finde; das will ich nicht kritisieren. Sie sind für den ganzen Zeitraum bewilligt, was auch richtig ist. Ich erkenne auch ausdrücklich an, dass Sie das vernünftig und finanziell gestärkt weitermachen. Aber an wirklich investiven Mitteln sind bisher tatsächlich etwa 40 Millionen € vergeben worden. Das ist in einer solchen Situation nicht zu akzeptieren, in der die Ministerin neulich selber gesagt hat, dass rasch gehandelt werden muss.

(Beifall von der SPD)

Dann muss man auch in der Lage sein, seine Programme auch ein Stück weit neu zu justieren und zu sagen: Der Wettbewerbsgedanke war richtig. Aber in dieser Situation müssen wir einen gewissen Teil nehmen und dort etwas umsetzen, wo es für das Handwerk, für das Bauhandwerk und alle anderen richtig ist, um Arbeitsplätze zu stabilisieren. – Da kommt aber gar nichts.

Selbst wenn Sie es täten, brauchte es doch Wochen und Monate, bis es sich unten in Beschäftigung umsetzt. Das finde ich nicht richtig. Deshalb sage ich: Dieser Haushaltsplan wird den Anforderungen aus der Wirtschaftskrise überhaupt nicht gerecht. Es geht nicht darum, sich hier hinzustellen und neue Schulden zu fordern. Alleine vor dem Hintergrund des zur Verfügung stehenden Geldes wird es den Anforderungen nicht gerecht. Diese deutliche Kritik muss man machen.

Sie haben eine Reihe von Sachen gesagt. Natürlich ist die Situation im Jahr 2008 ein Stück weit besser gewesen als früher. Wir könnten uns jetzt in üblicher Manier darüber streiten, ob das nicht Effekte der großen Konjunktur sind. Wir können uns alle nur freuen, dass Sie das Glück gehabt haben, an der Regierung zu sein, als das so war.

Die Frage lautet aber: Welche konkreten Maßnahmen macht diese Regierung in dieser Krise, die sich bekanntermaßen seit August entwickelt und stärker wird? Die Bilanz ist anders, als Sie sie geschildert haben. Als Regierungsfaktionen müssten sie in eine wesentlich intensivere Diskussion mit der Regierung gehen und steuern. Sie können es; das haben wir früher auch gemacht.

Ich könnte Ihnen Geschichten erzählen, wie wir mit den Ministern diskutiert und gerungen haben – fragen Sie die Mitarbeiter, die dort hinten noch sitzen –, um Einzeldetails solcher Programme so zu verbessern, dass etwas passiert. Es muss ein Prozess des Ringens geben. Das ist auch nicht schlimm. Sie sind dafür da, mit der Regierung darum zu kämpfen. Da passiert aber zu wenig. Deshalb ist der Haushalt nicht vernünftig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Landesregierung erhält Frau Wirtschaftsministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Eiskirch, ich bleibe dabei: Aktionismus ist nicht die Antwort auf eine schwierige Situation.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Nach unserem Verständnis tragen zur Kräftigung der Wachstumsgrundlagen und zur Wiedererlangung einer positiveren wirtschaftlichen Entwicklung übrigens mehrere als nur ein Ressort bei. Nach Ihrem Verständnis wahrscheinlich nicht; unser Verständnis ist so. Wir halten zum Beispiel den Ausbau der Forschungs- und Bildungsinfrastruktur unter mittelfristigen Gesichtspunkten nicht für nebensächlich. Wenn Sie das anders sehen, ist das Ihre Sichtweise.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das tue ich gar nicht!)

Ich verstehe überhaupt nicht, was die SPD da eigentlich macht. Sie ziehen massive Kritik der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer aus der Chemie, der Energiewirtschaft und der Metallindustrie auf sich, und meinen hier, Sie wären den Menschen nahe. Sie sind weit weg. Sie wissen überhaupt nicht, welche Interessen sie haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Reden Sie einmal mit denjenigen, die jetzt die ersten Auswirkungen der Verabredungen von Brüssel umzusetzen haben. Treffen Sie die Menschen gar nicht mehr? Wir sitzen mit den Einzelgewerkschaften und den Unternehmensvertretern aus diesen Branchen zusammen. Sie rufen nach Hilfe, die man nach den Beschlüssen in Brüssel nur noch sehr schwer organisieren kann. Wenn das bei Ihnen noch nicht angekommen ist, finde ich das bedrohlich.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Meine Damen und Herren, wir gehen in ein schwieriges Jahr 2009. Das Land trägt die Instrumente und Maßnahmen, die der Bund verabredet hat, in erheblichem Umfang mit. Man kann die letzten Auswirkungen noch nicht sehen, aber die Schätzungen belaufen sich auf rund 7,5 Milliarden €.

Bei der Frage, mit welchem Ziel man den Wirtschaftshaushalt gestaltet, muss man genau diese Balance finden, Herr Priggen, die man mittelfristig auf jeden Fall weiterverfolgen will, weil man sie für richtig hält, nämlich die Stärkung der Wachstumskräfte, die Beschleunigung und Erleichterung von Gründungen und deren Finanzierung, die Innovationsfähigkeit und Qualifizierung der Mitarbeiter, damit der Standort Nordrhein-Westfalen seine Kraft

behält und sich auch weiterhin im internationalen Wettbewerb um Investoren positiv von anderen Regionen abhebt. So richten wir den Etat aus.

Die Schwerpunkte bei den Ausgaben liegen beim Ziel-2-Programm. Sie beklagen, dass die Umsetzung nicht schnell genug geht. Es gibt eine riesige Resonanz bei den Wettbewerben. In bisher 23 beendeten Wettbewerben kamen 1.400 Projektskizzen mit über 5.000 Kooperationspartnern zusammen. Sie verteilen sich erfreulicherweise über das ganze Land.

Richtig ist aber auch, dass wir das im Ministerium alleine nicht richtig hinbekommen können. Das gebe ich gerne zu, Herr Eiskirch; das wissen Sie aber auch. Die Bewilligungsverfahren zeigen, dass wir außerhalb des Ruhrgebiets mit förderunerfahrenen Antragstellern umzugehen haben, die Beratung brauchen, damit sie an diesen Verfahren, an denen das Ruhrgebiet viele Jahre lang gearbeitet hat, besser teilnehmen können.

Außerdem war die NRW.BANK, auf die wir die Abwicklung der Förderanträge übertragen haben, personell nicht ausreichend vorbereitet. Das haben wir Ihnen im Wirtschaftsausschuss bereits vorgetragen und Ihnen auch zugesagt, dass das ausgemerzt und verbessert, das Personal aufgestockt wird.

Wir gehen davon aus – das gebe ich zu –, dass wir aus der ersten Wettbewerbsrunde ein Stück lernen müssen – das wollen wir auch –, aber wir möchten nicht die Wettbewerbsverfahren aufgeben. Das sage ich auch vor dem Hintergrund all der Ziele, Herr Priggen, die Sie verfolgen oder besonders betonen: Energieeffizienz, Mobilität, Energieforschung. Vergessen Sie bitte nicht, dass allein aus der ersten Wettbewerbsrunde in solche Problemstellungen und Projekte 80 Millionen € fließen. Sie dürfen nicht immer nur auf die Etatpositionen gucken, deren Überschrift das Wort „Energie“ enthält.

Wir müssen aus den ersten Wettbewerben lernen, die Zahl werden wir reduzieren. Wir werden die Beratungsleistungen verstärken und wollen sie ein Stück weit beschleunigen. Wir hoffen, dass uns das gelingt. Es ist auch vorgesehen, etwas deutlicher mit den Nichtgewinnern darüber zu reden, woraus sie lernen sollten und ob sie vielleicht bei einer zweiten Runde mitmachen können.

Wir wollen aber nicht – das sage ich Ihnen auch ganz deutlich – eine Art Ablehnungsbegründung schriftlich herausgeben mit der Vorstellung, wir würden dann irgendwann überhaupt noch eine Jury bekommen, die bereit wäre, da mitzumachen. Wir müssen – das haben wir gemacht – die Transparenz auch beim letzten Wettbewerb, in dem es sie noch nicht gab, erhöhen, damit jeder weiß, wer in der Jury sitzt. Die Ergebnisse werden veröffentlicht, und wir sagen zu, dass wir auch denen, die nicht gewonnen haben, die Informationen, die Beratungsleistungen zur Verfügung stellen. Teilweise können

wir auch helfen, dass das Projekt aus anderen Mittel durchgeführt werden kann.

Auch für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Herr Priggen, sind die Umsetzungszwecke erweitert worden. Der Bund hat in seinem Maßnahmenpaket extra die Aufstockung der Mittel beschlossen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen zusätzlich – im Februar, Herr Eiskirch, wird die Unterschrift hoffentlich endlich erfolgen – die Mittel, die von NOKIA zurückfließen. Gehen Sie davon aus: Wir sind, auch was die Erweiterung der Verwendungszwecke angeht, gut aufgestellt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Herr Priggen, ich kann die Energiedebatte gern vorwegnehmen: All das, was Sie fordern, hat der Bund in den Maßnahmenpaketen I und II erheblich durch Förderprogramme aufgestockt. Sollen wir dann noch etwas obendrauf legen, oder müssen wir nicht dafür sorgen – und das tun wir –, dass Informationskampagnen im ganzen Land laufen, damit möglichst viele Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften und Sonstige, die diese Mittel zur energetischen Ertüchtigung von Gebäuden in Anspruch nehmen können, erfahren, was es alles gibt? Da gibt es immer noch ein erhebliches Defizit.

Sie wissen, dass wir die Infrastruktur dafür haben, dass wir zum Beispiel auch Gemeinschaftsaktionen mit dem Handwerk machen, damit mehr Handwerker die Tätigkeiten, die sie dann ausfüllen müssen, überhaupt durchführen können. Wir tragen im Zusammenwirken mit der Bundesumweltstiftung dazu bei, dass die Qualifizierung dort erfolgt, wo es noch mangelt.

Meine Damen und Herren, es gibt viele Einzelmaßnahmen für das Handwerk, den Tourismus, die Kreativwirtschaft; ich will das nicht alles vortragen. Wir haben die Außenwirtschaftsförderung so qualifiziert, dass kleine und mittlere Unternehmen – das gab es noch nie, ich kann Ihnen das zeigen – zum jetzigen Zeitpunkt durch ein Auslandsmesse- und Reiseprogramm 2009 auf das geeignete Land für sie, auf Beratungsleistungen und Hilfen hingewiesen werden. Das hat es noch nie gegeben.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: „Noch nie“ kann man nicht sagen, Frau Ministerin! Sie haben es optimiert!)

– Das hat es noch nie gegeben. Zeigen Sie mir aus einem einzigen Jahr einen solchen Überblick über Messeprogramme. Ich habe die Außenwirtschaft bei einer Kammer lange genug selbst gemacht, Herr Bollermann. Wenn es das gegeben hätte, würde ich es kennen. Das gab es nicht.

Aus aktuellem Anlass möchte ich auf Folgendes hinweisen – wir führen diese Debatte gleich noch einmal im Energiebereich –: Ich werbe noch einmal

um Einsicht dafür, Herr Priggen, dass Unternehmen, die von Haus aus gesund sind, vorübergehend durch einen zu schnellen Abschwung in der Anpassungsfähigkeit überfordert werden. Dafür haben wir ein ausgefeiltes Programm, das Bürgschaftsprogramm. Wir können, weil die EU die Maßnahmen ein Stück weit erleichtert hat, auch bei Betriebsmittelkrediten – das hat die KfW bisher nicht angeboten – eine Haftungsfreistellung auf ungefähr 80 % erreichen. Das machen wir. Das hat es auch noch nicht gegeben.

Wir beschleunigen die Verfahren und verdoppeln die Sitzungstermine, aber wir müssen es doch von faktischen Anträgen abhängig machen. Wir haben eine Hotline eingerichtet, die erheblich in Anspruch genommen wird. Von denen, die dort Beratung suchen und sagen, dass sie etwas brauchen, kommen aber nur ungefähr 20 % tatsächlich mit einem Antrag.

Wir wollen und können nicht – ich weiß nicht, ob Sie das anders sehen –, Abschied von einer ordentlichen Prüfung von Antragsunterlagen nehmen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das hat keiner verlangt!)

– Ich will es nur noch einmal sagen. Wir wissen, dass die Verfahren eine Abarbeitungszeit zwischen zwei und sechs Wochen haben. Wenn Ihnen das alles noch zu lange dauert, melden Sie sich bitte. Wir drängen darauf, dass das passiert.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Die Kommunen sagen, es dauert länger, und die Unternehmen sagen, es dauert länger!)

– Bitte?

(Thomas Eiskirch [SPD]: Die kommunalen Wirtschaftsförderer reden davon, dass es zwischen vier Wochen und vier Monaten dauert!)

– Was wissen denn die kommunalen Wirtschaftsförderer davon? Das normale Unternehmen kommt mit seiner Hausbank zu uns, sucht die Beratung der Bürgschaftsbank und der NRW.BANK. Dort werden sie ordentlich behandelt. Der Rückruf erfolgt, sobald Beratungsbedarf besteht, innerhalb eines Tages.

(Beifall von CDU und FDP – Thomas Eiskirch [SPD]: Ihr Staatssekretär sagt im Wirtschaftsausschuss etwas anderes!)

– Bei Bürgschaften, ja gut.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Frau Thoben, auch die Kammern sagen zum Teil, dass es nach der Erfahrung der Unternehmen zu lange dauert!)

– Das, was Sie jetzt gesagt haben, gefällt mir.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Darüber reden wir Freitag noch einmal in Ruhe!)

Wir haben außerdem, da wir diese Beratungsleistung, diese Hilfestellung in Abstimmung mit den Kammern und der kommunalen Wirtschaftsförderung landesweit brauchen, ab Januar 2009 dezentrale Netzwerke eingerichtet. Wir haben einen Arbeitskreis für besonders große Fälle, wenn sie denn passieren sollten. Es gibt eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe Krisenmanagement.

Bitte wenden Sie sich sofort an das Ministerium, wenn Sie den Eindruck haben, bestimmte Fälle würden nicht ausreichend kompetent und schnell durch das Ministerium begleitet.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist okay! Das ist ja ein Angebot! – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Dann muss ich ja jeden Tag anrufen!)

– Darauf freue ich mich schon, Herr Sagel.

Meine Damen und Herren, wir müssen die beiden Dinge unterscheiden. Wir sind vorbereitet.

Überhaupt nicht mehr verstanden habe ich, dass die SPD im Haushalts- und Finanzausschuss die von uns vorsorglich beantragte Anhebung des Bürgschaftsrahmens abgelehnt hat. Da muss bei Ihnen irgendwo ein Sprung in der Schüssel sein.

(Beifall von der CDU)

Gestern habe ich verzweifelt versucht, das mithilfe von Guntram Schneider zu verstehen. Er zuckte immer nur mit den Achseln. Es tut mir also leid.

Meine Damen und Herren, wir bleiben dabei: Unser Haushalt insgesamt muss die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, sowohl nationaler als auch internationaler Wettbewerbsfähigkeit, zum Gegenstand haben.

Die Investitionen und die Maßnahmen sollten nachhaltig sein. Darüber werden wir im Zusammenhang mit der Energiepolitik noch zu sprechen haben.

Wir möchten gerne gestärkt aus dieser Krise hervorgehen – nicht mit Aktionismus, aber mit ordentlicher Beratung und Hilfestellung für Unternehmen, die durch das Tempo der Anpassung überfordert sind.

Letzter Punkt: Stellen wir uns einmal vor, wir würden das Jahr 2009 am Ende mit einem realen Rückgang des Wachstums abschließen. Die Prognosen gehen ja noch ein bisschen auseinander. Nehmen wir aber einmal an, wir blieben bei 2,5 %. Dann würde sich die gesamte Wirtschaftsleistung Nordrhein-Westfalens auf dem Niveau von 2005 oder 2006 bewegen. Wenn wir nicht so viel gegeneinander reden, sondern gemeinsam vorgehen würden, könnten wir das schaffen, und zwar so, dass die Menschen es aushalten können. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Eiskirch für die SPD-Fraktion.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die 15 Sekunden Redezeit zu einer kurzen Klarstellung nutzen.

Frau Thoben, bevor Sie es woanders ein zweites Mal verkehrt darstellen: Die SPD hat im Haushalts- und Finanzausschuss nicht gegen die Erhöhung des Bürgschaftsrahmens gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten, und zwar mit folgender Begründung: Wir sind dafür, dass der Bürgschaftsrahmen erhöht wird – aber nicht im Haushaltsgesetz; diese 600 Millionen € sollen in einem anderen Verfahren für Bürgschaften ausgegeben werden.

Ich möchte das nur der Klarstellung halber hier zu Protokoll geben. Wir haben uns enthalten, weil wir dies für die falsche Stelle halten. Inhaltlich sind wir sehr für die Erhöhung des Bürgschaftsrahmens. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Wo sind Sie denn gut gerüstet, muss ich Sie als Linker fragen – angesichts dessen, was wir gerade weltweit, aber auch in Deutschland und hier in Nordrhein-Westfalen erleben. Wir erleben im Moment doch einen Bankrott des Systems. Ich kann nicht erkennen, dass Ihre Wirtschaftspolitik tatsächlich ein Ausweg aus der Krise ist.

Das gilt gerade für Sie von der FDP. Sie mit Ihrer Politik sind doch die größten Bankrotteure; denn Sie haben mit Ihrer neoliberalen Politik der letzten Jahre und Ihren Attacken immer wieder ganz wesentlich dafür gesorgt, dass genau das eingetreten ist, was wir jetzt real erleben.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, Sie von der Heuschrecken-Partei FDP sind die größten Bankrotteure. Herr Brockes, wenn Sie sich hierhin stellen und dann noch davon reden, man solle alles ruhig den Bach heruntergehen lassen, muss ich Sie fragen: Haben Sie eigentlich den Schuss gehört? Offensichtlich gar nicht, in keiner Weise! Es ist sehr bedauerlich, dass viele Wechselwähler von der CDU immer noch zur FDP gehen, weil sie meinen, dass bei der FDP Wirtschaftskompetenz vorhanden sei. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sind wirklich die größten Bankrotteure, die es hier im Land gibt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Der Niedergang der sozialistischen Planwirtschaft ist uns doch bekannt!)

Wenn ich mir das Ganze anschau, kann ich nur sagen: Die ganze Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen ist ein Witz. Von Haushaltskonsolidierung kann keine Rede sein. Sie werden dieses Jahr eine neue Rekordverschuldung ansteuern. Wahrscheinlich wird die Gesamtverschuldung Ende des Jahres insgesamt über 120 Milliarden € betragen. – Das ist das, was hier real läuft. Da können Sie so viel von Ihren Verschuldungstheorien erzählen, wie Sie lustig sind.

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist der Landeshaushalt 2009 auch überhaupt nicht bilanzierbar. Finanzminister Linssen hat deshalb bereits angekündigt, zu einem späteren Zeitpunkt einen Nachtragshaushalt vorzulegen, in den alle Unwägbarkeiten einfließen sollen. Momentan findet eine Politik mit ungedeckten Schecks statt. Das ist die Realität.

Sinnvoll wären aus meiner Sicht eine vorläufige Haushaltsführung und eine Verabschiedung des Haushalts zu einem späteren Zeitpunkt, wobei in den Haushalt insbesondere die Auswirkungen des Konjunkturprogramms, vor allem aber auch die Bilanzen der immer maroder werdenden WestLB – es gibt schon wieder 80 Milliarden € neue Risiken, wie wir gerade vernommen haben – mit einfließen müssen.

Von daher lautet mein Petition: Man kann diesen Haushalt zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht seriös diskutieren. Deswegen machen die Haushaltsberatungen in dieser Woche auch keinen Sinn.

Ich kann zwar verstehen, dass hier Änderungsanträge gestellt werden. Falls es tatsächlich noch zu einer dritten Lesung kommt, werde ich in Kürze auch meine entsprechenden Anträge einbringen. Ich halte es zum jetzigen Zeitpunkt aber für völlig verfehlt, über diesen Haushalt zu diskutieren.

Wie gesagt, gibt es darin Risiken und Unwägbarkeiten in Größenordnungen, von denen wir uns im Moment noch keine seriöse Vorstellung machen können. Es geht um Milliardensummen. Aus meiner Sicht wird die Verfassungsgrenze gerissen werden. Der Finanzminister spricht ja selber davon, dass die 2,97 Milliarden €, die er im Augenblick ausweist, nicht ausreichen werden. Deswegen will er ja den angekündigten Nachtragshaushalt erarbeiten.

Herr Linssen ist vollständig mit seiner Haushaltspolitik gescheitert – genauso wie der Ministerpräsident. Alles, was Sie angekündigt haben – Stichwort: Haushaltskonsolidierung –, findet nicht statt. Es gibt eine Rekordverschuldung. Der jährliche Schuldendienst liegt jetzt bei mehr als 5 Milliarden €. Das ist Ihre Schuldenpolitik. Sie haben angekündigt, niemals Nachtragshaushalte vorzulegen. Auch das wird es jetzt geben. Sie haben angekündigt, die

Neuverschuldung nicht hochzufahren. Auch das tun Sie jetzt, und zwar in Verdoppelung dessen, was Sie im ursprünglichen Haushalt für 2009 angesetzt hatten.

Das ist Ihre Politik: katastrophales Scheitern in jeder Beziehung. Ich kann überhaupt nicht erkennen, wie Sie tatsächlich Haushalte konsolidieren wollen.

Ein Letztes: Vor einiger Zeit bin ich als Linker hier noch ausgelacht worden, als ich von Verstaatlichung und Vergesellschaftung geredet habe. Ich kann nur sagen: Links wirkt mittlerweile offensichtlich. Der Ministerpräsident geht bei der Verstaatlichung und Vergesellschaftung voran. Er fordert es mittlerweile selber. Bei der Commerzbank haben wir es schon erlebt.

Für sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Politik gibt es im Augenblick nur eine verlässliche Kraft. Die Linke macht hier wirklich glaubwürdige Politik. Sie hingegen beschränken sich im Augenblick auf ungedeckte Schecks und Schattenhaushalte, die in keiner Weise finanziert sind. Sie sind vollständig gescheitert.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Wir haben hier im Moment ein Bankrottssystem Ihrer Politik vorliegen. Das ist die Realität.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Frau Ministerin Thoben hat sich noch einmal für die Landesregierung zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Laut Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses hat sich anders, als Herr Eiskirch das hier vorgetragen hat, die SPD bei dem Antrag, den Bürgschaftsrahmen zu erhöhen, nicht der Stimme enthalten, sondern mit Nein gestimmt.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr zum Teilbereich Wirtschaft und Mittelstand. Damit kommen wir zum

Teilbereich Energie

Zunächst hat sich für die SPD Herr Kollege Römer zu Wort gemeldet.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten – wir haben das gerade gemerkt – sind immer auch Generaldebatten. Das gilt selbst-

verständlich auch für die Energie- und die Klimapolitik.

Ich will es gleich vorwegnehmen: Der Befund nach dreieinhalb Jahren schwarz-gelber Regierungszeit ist für diesen Bereich vernichtend. Die schwarz-gelbe Regierungszeit – das ist deutlich geworden – ist für die Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen eine verlorene Zeit. Sie ist im Übrigen, Frau Thoben, auch für die Klimapolitik eine verlorene Zeit. Leere Versprechen, Verhinderungspolitik und erfolglose Initiativen – ich werde darauf gleich noch eingehen – kennzeichnen die Zwischenbilanz der Energieministerin des ehemaligen Energielandes Nummer eins.

Ihre erfolglosen Initiativen und Ankündigungen, Frau Thoben, möchte ich jetzt gar nicht im Einzelnen beleuchten. Nur drei Beispiele aus der Kategorie leere Versprechen: Klimaschutzkonzept, leere Ankündigungen ohne konkrete Maßnahmen. Die Zahlen – das wissen Sie selbst – sind heute schon größtenteils Makulatur.

Kraft-Wärme-Kopplung: Nach dreieinhalb Jahren soll jetzt wohl Anfang 2009 eine Studie in Auftrag gegeben worden sein oder noch gegeben werden. Nach dreieinhalb Jahren!

Kraftwerkserneuerungsprogramm: Vereinbarungen zur Realisierung sollten den Wirtschaftsausschuss – so haben Sie das angekündigt – Ende Oktober 2008 vorgelegt werden. Herr Lienenkämper hat schon vorsorglich und sicherheitshalber das Ganze auf 2010, also in die nächste Wahlperiode verschoben – alles leere Versprechen!

Ein Beispiel zur Verhinderungspolitik: Der Windenergieerlass der schwarz-gelben Landesregierung behindert sogar den Austausch alter Windräder. Der Bauminister hatte gleich zu Beginn der Legislaturperiode die Richtung vorgegeben, als er lautstark forderte – ich zitiere –, die Windenergie kaputt zu machen. Die FDP drückt bei diesem Thema mit Worterschöpfungen wie Windindustriemonster, Herr Brocks, ein ganz besonderes Politikverständnis aus.

Diese Verhinderungspolitik, meine Damen und Herren, hat aber für Nordrhein-Westfalen ganz praktische Folgen. NRW fällt im Ländervergleich immer weiter zurück, und Investoren werden aus unserem Land vertrieben.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Das wird an Zahlen mehr als deutlich. 2004 hatte Nordrhein-Westfalen noch einen Anteil von 11,3 % am Neubau von Windrädern in Deutschland. Unter Schwarz-Gelb ist dieser Anteil bis Mitte 2008 auf 5,4 % eingebrochen und damit mehr als halbiert worden. Und deutschlandweit ruiniert diese schwarz-gelbe Landesregierung den einst guten Ruf des Energielandes Nordrhein-Westfalen.

Ende 2008, meine Damen und Herren, wurde in Berlin der Bundesländer-Vergleich zum Thema erneuerbare Energien vorgestellt. Die schwarz-gelbe

Landesregierung hat ein blamables Zeugnis bekommen. Im Gesamtranking der Bundesländer liegt Nordrhein-Westfalen auf einem verheerenden zwölften Platz. Dahinter liegen nur noch Stadtstaaten, Hamburg und Berlin, sowie die schwarz dominierten Bundesländer Hessen und Saarland.

Noch düsterer sieht es für Erfolge beim technologischen und wirtschaftlichen Wandel aus. Hier landet Nordrhein-Westfalen auf dem vorletzten Platz. Es ist für unser Land beschämend. Das ist das Ergebnis Ihrer grottenschlechten Regierungsarbeit, Frau Thoben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Warum ist das so? Kein Investor wird sich dort niederlassen, wo er auf ein investitionsfeindliches Klima trifft. Wertschöpfung, Arbeit und Ausbildungsplätze aus erneuerbaren Energien entstehen dort, wo diese willkommen sind. Deshalb ist Brandenburg vorne und nicht Nordrhein-Westfalen. Das nur zu einem Beispiel aus der Kategorie Verhinderungspolitik!

Erfolglose Initiativen: Frau Thoben, Sie haben es vorhin selbst angesprochen, und ich komme darauf zurück. Ende Dezember 2008 wurde in Brüssel über den Emissionshandel ab 2013 entschieden. Kein Benchmark, keine Ausnahmen für die deutschen Stromkonzerne, stattdessen Vollauktionierung, also eine 100%-ige Niederlage der Landesregierung.

Frau Thoben, ich habe es Ihnen immer wieder gesagt. Sie reiten ein totes Pferd. Ich habe Ihnen gesagt: Steigen Sie endlich ab! Sie haben das ignoriert, sind starsinnig auf Ihrem toten Pferd sitzen geblieben. Jetzt sehen Sie ziemlich belämmert aus.

Die Diskussion über die zukünftige Vollauktionierung im Emissionshandel für die Energiewirtschaft möchte ich heute nicht erneut führen. Entscheidungen sind gefallen, ohne dass diese Landesregierung dabei irgendeine gestaltende Rolle gespielt hätte. Aber es kommt noch schlimmer, Frau Thoben. Sie und auch Herr Lienenkämper gehen mit dieser Niederlage in verheerender Weise um. Sie nörgeln rum, Sie verabschieden sich sogar von den eigenen Klimaschutzzielen.

Sie analysieren aber nicht, warum die Entscheidung in Brüssel für eine Vollauktionierung in der Energiewirtschaft gefallen ist. Diese Analyse ist aber wichtig. Es kommt darauf an, Ursachen und Wirkungen nicht zu verwechseln, damit Legenden erst gar nicht entstehen. Deshalb nur ein kurzer Blick auf die Vorgeschichte dieser Entscheidung, die auf der europäischen Ebene mit ausdrücklicher Unterstützung der Bundeskanzlerin und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefallen ist.

In der ersten Handelsperiode, Frau Thoben, wurden die Zertifikate kostenlos zugeteilt, von den Energiekonzernen dennoch eingepreist. Die Folge: Die

Verbraucherinnen und Verbraucher mussten die höheren Preise zahlen. In der aktuell laufenden zweiten Handelsperiode erhalten die Konzerne die Zertifikate weiterhin größtenteils kostenlos. Die Konzerne preisen weiter lustig ein. Wiederum müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher – auch in Nordrhein-Westfalen – die Leidtragenden sein.

Ich will das gar nicht selbst kommentieren. Ich zitiere einmal den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt. Er hat am 2. Dezember 2008 in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklärt, warum die Europäische Union den Energieerzeugern keine kostenlosen Lizenzen mehr geben will. Er sagte damals, dass – ich zitiere – „die Stromkonzerne ... die Lizenzen voll eingepreist und dadurch jährlich 3 bis 5 Milliarden € eingestrichen“ haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sein Kommentar, der Kommentar von Hubertus Schmoldt, war damals – ich zitiere ihn wieder – kurz und knapp: „Das ist eine Schweinerei.“

Die politische Schlussfolgerung, meine Damen und Herren, der Großen Koalition war und ist deshalb, leistungslose Zusatzgewinne zumindest ab 2013 nicht länger bei den Unternehmen zu belassen, sondern das Geld für Investitionen zu verwenden, die bei den Menschen in Deutschland ankommen und die unserer Volkswirtschaft auf direkte Weise nutzen. Das ist vernünftig, und das haben wir unterstützt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Also keine Legende! Ursache für die Vollauktionierung ist das Verhalten der Stromkonzerne und nicht etwa die Unvernunft des Europaparlaments, der Bundeskanzlerin, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion oder gar der SPD. Wer diese politische Lehre aus den ersten beiden Handelsperioden nicht ziehen will, der erweist, Frau Thoben, Nordrhein-Westfalen einen Bärendienst und der lässt sich – ich sage das ganz deutlich – vor den Karren der Stromkonzerne spannen. So verstehe ich allerdings nicht den Primat der Politik, den im Übrigen die Energievorstände in Sonntagsreden auch immer wieder selbst bemühen.

Ein weiterer Punkt, an dem wir in diesem Zusammenhang nicht vorbeikommen: Der Vorstandsvorsitzende der RWE Power AG, Johannes Lambertz, begründet den Weiterbetrieb von fünf Altklappen in Frimmersdorf bis 2012 eben mit der Ausgestaltung des Emissionshandels in der zweiten Handelsperiode, also mit der größtenteils kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten an RWE. Frau Thoben, das ist der Zusammenhang, den Sie bis heute immer noch nicht erkannt haben.

Deren Abschaltung, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, hatte RWE im Rahmen des Kraftwerkserneuerungsprogramms in Schreibern

an den Regionalrat Köln bereits für spätestens 2007 zugesagt. Diese Abschaltung ist im Übrigen nach der Inbetriebnahme des BoA 1 zwingend im Sinne der Vereinbarung mit der Landesregierung vom 20. Oktober 1994.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich muss nicht daran erinnern, dass Garzweiler II nicht genehmigt worden wäre, wenn RWE nicht zugesagt hätte, alte Blöcke Zug um Zug durch neue, hocheffiziente Kraftwerke zu ersetzen.

Das Ergebnis: Die Bundeskanzlerin hat konsequent die Position der Großen Koalition vertreten und die Vollauktionierung in der Stromwirtschaft mit durchgesetzt. Damit ist aber – das ist das Ergebnis hier in Nordrhein-Westfalen, Frau Thoben – die Landesregierung, die Regierung Rüttgers, auf ganzer Linie grandios gescheitert. Ich bin gespannt, ob die Energieministerin auch 2009 immer noch auf ihrem toten Pferd sitzen bleiben will, ob sie gleich immer noch versuchen will, uns zu erklären, warum sie die Vollauktionierung für falsch hält.

Eine solche Nörgelei, Frau Thoben, hilft niemandem. Sie ändert nichts am Ergebnis. Sie ist kein Beitrag zum Klimaschutz, und sie trägt im Übrigen – und darauf müssten wir doch alle achten – nicht zur Akzeptanz der Braunkohle bei und sichert darüber hinaus auch keine Arbeitsplätze im Revier. Frau Thoben, die Menschen brauchen endlich klare Aussagen, wie die Landesregierung mit dem Ergebnis umgehen will. Das wäre Regierungsverantwortung, die Sie bis heute leider nicht wahrgenommen haben. Ich bin auf Ihre Erklärungen gleich gespannt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Haushaltskapitel Bergbau und Energie wird leider immer noch nahezu vollständig dominiert von den Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle, auch wenn dieser Ansatz in diesem Jahr von 540 auf 516 Millionen € gekürzt werden konnte.

Vor diesem Hintergrund – das muss ich schon sagen – ist es schon ziemlich dreist, Herr Römer, was Sie als alter Kohlelobbyist hier über fehlende Finanzmittel an anderer Stelle vortragen.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Das Geld, das wir für die Energiepolitik von gestern dank Lobbyisten wie Ihnen ausgeben müssen, fehlt uns angesichts leerer Kassen für die Gestaltung der Zukunft.

(Sören Link [SPD]: Sie haben das doch mit beschlossen!)

Denn leider ist es dem Finanzminister immer noch nicht gelungen, einen Dukatenesel zu züchten.

Sie haben relativ wenig zum Energiehaushalt gesagt. Das kann ich in gewissem Umfang auch nachvollziehen, weil für die Energiepolitik unseres Landes lediglich zwei Ansätze unmittelbar haushaltswirksam sind.

Zum einen ist es das Ziel-2-Programm. Von den im Wettbewerbsverfahren bisher bewilligten 380 Millionen € gingen rund 80 Millionen € in Energieprojekte wie Energieforschung, Energieeffizienz und rationelle Energienutzung. Und – Kollege Priggen, ich denke, da können auch Sie zustimmen – diese Vergabe im Wettbewerbsverfahren ist angesichts knapper Kassen sinnvoll, um das Beste herauszukitzeln. Das ist ein schöner Anteil, der bisher in den Energiesektor geflossen ist.

Zum anderen ist das „Programm für rationelle Energieverwendung, regenerative Energien und Energiesparen“ – kurz „progres.nrw“ – haushaltswirksam; Sie haben es früher REN-Programm genannt, Herr Priggen. Dieses Programm wurde um gut 8 Millionen € auf jetzt 20 Millionen € aufgestockt. Aus diesem Programm wird jetzt in konzentrierter Form auch die äußerst erfolgreich operierende EnergieAgentur.NRW finanziert, die mit dazu beiträgt, das Energiebewusstsein im Land zu verändern. Das halte ich grundsätzlich für eine gute Entwicklung.

Sicherlich fehlen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik – das wird immer so sein – Haushaltsmittel; dafür hätten auch wir gerne mehr. Aber Sie – insbesondere Sie persönlich, Kollege Priggen, zunehmend auch die SPD – propagieren zur Beschaffung der Finanzmittel einen Weg, den wir so nicht mitgehen können. Herr Kollege Römer hat sich eben lange über die Vollauktionierung ausgelassen. Sie wollen auch die Erlöse aus der Auktionierung nutzen, um insbesondere bei uns im Lande Energieprojekte finanzieren zu können.

Das ist ein frommer Wunsch, der allerdings mit der Realität wenig zu tun hat. Sie wissen, dass ein Großteil der Mittel bei der EU hängen bleibt. Sie wissen, wenn man diese Art von Energiepolitik zu Ende denkt, müssen die Auktionserlöse genutzt werden, um an anderen Orten in der Welt zukunftsweisende Energieprojekte zu finanzieren, mitnichten die energetische Gebäudesanierung in Deutschland. Das ist ein frommer Wunsch; das wäre schön, aber es wird am Ende nicht durchtragen. Wir werden Ende nächsten Jahres, wenn die Konferenz in Kopenhagen als Kyoto-Nachfolgekonferenz abgeschlossen sein wird, wissen, wo wir stehen.

Also: Diese Finanzierung über den Zertifikatehandel ist der alte Umverteilungsreflex: Nimm's den einen, gib's den anderen; nimm's den Reichen, gib's den Armen. Damit kommen wir an dieser Stelle bestimmt nicht weiter.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

So können wir auch nicht das finanzieren, was energie- und klimapolitische Gutmenschen allenthalben für erforderlich halten, und zwar ohne ökonomische Tragfähigkeit. Das ist der entscheidende Punkt. Die Wirtschaftsministerin warnt seit Langem vor einer derart blauäugigen Politik, die industrielle Arbeitsplätze aus unserem Land vertreibt – Herr Kollege Römer, das sollten Sie sich mal überlegen –, ohne dem Klimaschutz in irgendeiner Weise zu nutzen. Sie wollen Energiekonzerne bestrafen – darüber kann man hin- und herdiskutieren –, aber Sie helfen dem Klimaschutz auf diese Art und Weise überhaupt nicht, weil ohne ein weltweit verbindliches Handelssystem Emissionen nicht eingespart, sondern lediglich verlagert werden.

Kollege Priggen, wenn Zementwerke die Produktion nach Indonesien verlagert, bleiben die CO₂-Emissionen die gleichen, aber es ist für die Region viel schlimmer. Wenn Stahl- oder Aluminiumwerke nach Brasilien und die Chlor-Alkali-Chemie an Standorte mit niedrigeren als den deutschen Stromkosten flüchten, gehen Zigtausende, um nicht zu sagen Hunderttausende Arbeitsplätze bei uns verloren, und wir haben für den Klimaschutz nichts gewonnen. Das halte ich für ökonomisch unverantwortbar,

(Beifall von CDU und FDP)

und ich bin der Wirtschaftsministerin dankbar, dass sie immer frühzeitig darauf hingewiesen hat.

Kollege Römer, was soll ich Sie kritisieren? Das hat doch tagesaktuell ein ganz anderer getan. Ihr Vorgänger im Amt als wirtschaftspolitischer Sprecher, Kollege Werner Bischoff von der IG BCE, hat Ihnen doch heute voll eins zwischen die Hörner gehauen und vor einem politischen Bumerang gewarnt, der auf die SPD zukommen könnte, wenn sie Ihre maßlose Verteufelung der Energiewirtschaft fortsetzt, wie Sie das eben wieder vorgeführt haben.

(Beifall von der CDU)

Klares Wasser und frische Luft sind selbstverständlich wichtig für uns alle, aber sie ersetzen doch nicht Brot und Arbeit. Von daher müssen wir sehen, eine vernünftige Balance zu halten. Das hat diese Landesregierung und diese Wirtschaftsministerin immer gemacht, und deswegen stehen wir voll dahinter. Seien Sie sich über eines klar – das brauche ich dem Kollegen Priggen nicht zu sagen, aber Ihnen, Herr Römer, weil Sie immer noch von einer Zukunft für die Steinkohle in Nordrhein-Westfalen herumfantasieren –: Je schneller wir die Kohlesubventionen beenden und je eher wir einer Laufzeitverlängerung der sichersten Kernkraftwerke der Welt zustimmen, desto sozialverträglicher werden wir die Energielandschaft zukunftsfähig umgestalten können.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die Strompreise explodieren, Sie schimpfen auf die Konzerne. In Wirklichkeit ist aber in diesem Sektor

der Staat der große Preistreiber. Das sollten Sie endlich mal zur Kenntnis nehmen. Das könnte man auch ganz anders gestalten. Wenn mehr als 40 % der Stromkosten staatlich verursacht sind für Steuern und Abgaben und wenn in Ihrer glorreichen rot-grünen Regierungszeit die Steuern und Abgaben auf Strom um 528 % gestiegen sind, muss man doch einmal sagen: Schluss, da ist etwas faul im Staate Dänemark; das kann so nicht weitergehen; das müssen wir ändern.

Deswegen ist die Energiepolitik der Landesregierung vernünftig. Sie betreibt eine Energiepolitik mit Verlässlichkeit und Augenmaß. Wir tragen diese Energiepolitik voll mit. Deshalb stimmen wir dem Haushaltskapitel 08 050 zu. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kein anderes Kapitel des Gesamthaushalts zeigt eindrucksvoller, was 39 Jahre lang in diesem Lande schiefgelaufen ist, wie das Kapital „Bergbau und Energie“. Auch wenn die SPD heute ständig von Zukunftsenergien spricht, so ist es Ihre Verantwortung, Herr Kollege Römer, dass auch im Jahre 2009 über eine halbe Milliarde Euro, fast 95 % des Teilbereichs Energie, in die Subventionierung des Steinkohlenbergbaus gehen. Das wollte ich eigentlich in diesem Jahr nicht schon wieder thematisieren. Denn es gehört zum Erfolg dieser Landesregierung, dass damit endlich bald Schluss ist.

Trotzdem muss ich es wieder ansprechen, weil die SPD – allen voran Herr Römer – weiterhin dem Gespenst des Sockelbergbaus hinterherrennt. Wenn Sie den Sockelbergbau propagieren, seien Sie bitte ehrlich, Herr Römer, und erzählen Sie den Menschen, wie viel das kostet, und machen Sie nicht wie Pipi Langstrumpf aus drei mal drei sechs! Steinkohle wird in Deutschland aufgrund der geologischen Lage niemals wirtschaftlich abzubauen sein und damit auch keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten können. Trotzdem stecken wir weiterhin Hunderte Millionen in die Subventionierung, was letzten Endes nur zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geht.

Damit sind wir schon beim Thema Versorgungssicherheit angekommen. Gerade in den letzten Wochen haben wir gesehen, was passiert, wenn man einseitige Abhängigkeiten schafft. Gas ist in Deutschland der wichtigste Rohstoff zum Heizen. Knapp die Hälfte der Heizungen in Deutschland wird mit Gas befeuert. Umso wichtiger ist eine sichere Gasversorgung, damit im Winter keiner ohne warme Wohnung bleiben muss.

Durch die Politik von SPD und Grünen wird jedoch genau diese einseitige Abhängigkeit von russischem Gas gefördert. Die ideologisch verblendete Ablehnung der friedlichen und CO₂-freien Nutzung der Kernenergie durch SPD und Grüne sowie der Kampf der Grünen und von Teilen der SPD gegen hocheffiziente moderne Kohlekraftwerke treiben die Energieversorger dazu, mehr Gas zu verstromen.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch. Um Spitzenverbräuche und Versorgungslücken aufzufangen, braucht man Gaskraftwerke. Auch um die unstete Wind- und Sonnenenergie auszugleichen, braucht es immer mehr Gaskraftwerke. Aber diese Kraftwerke sind für die Grundlastversorgung ungeeignet, weil sie viel zu teuer sind. Ohne Kohlekraftwerke und Kernenergie laufen wir in eine riesige Versorgungslücke. Da gehen die Lichter ohne Import aus Kernenergie aus Frankreich und Tschechien bald aus.

Kommen Sie mir auch nicht mit den angeblich exorbitanten Exportquoten des deutschen Stroms, Herr Kollege Priggen, die Sie ja immer anführen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das fast ausschließlich Überkapazitäten aus dem Windstrom sind, die dann anfallen, wenn sie niemand braucht, meine Damen und Herren.

Denn weil man Strom nicht vernichten kann, wird er teilweise sogar nach Skandinavien und in die Schweiz – mit dem billigen Strom werden dort die Talsperren gefüllt – verschenkt. Manchmal zahlen deutsche Energieversorger sogar dafür, um Windstrom absetzen zu können, und das, obwohl die Bürgerinnen und Bürger die Einspeisevergütung staatlich verordnet bezahlen müssen. Daher kommen die angeblichen Stromüberschüsse.

Wie wir in Zukunft unsere Grundlast decken wollen, bleibt bei Ihnen, meine Damen und Herren der Opposition, ungelöst. Die NRW-SPD hat hier im Plenum immer und immer wieder für die Vollversteigerung von Emissionszertifikaten gekämpft. Wir haben immer gesagt: Das ist ökologisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Quittung kam letzte Woche: RWE resigniert und wird keine Kraftwerke mehr in Deutschland bauen; andere werden folgen. Das war abzusehen. Die Folgen: Veraltete Kraftwerke bleiben am Netz, der Strompreis steigt durch die zusätzlich notwendigen Käufe von CO₂-Zertifikaten weiter an, die energieintensive Industrie wandert ab. Aber zum Glück gibt es ja noch Herrn Gabriel und die SPD.

Man fordert jetzt, dass die Energieversorgung für den Bau neuer Kraftwerke eine Subvention von 15 % der Investitionssumme erhalten soll, meine Damen und Herren. Da muss man sich schon fragen, ob da beim morgendlichen Hosen-Anziehen die berühmte Kneifzange zum Einsatz kommt: Erst 13 Milliarden € abschöpfen und in die Staatskasse, und anschließend eine neue Subvention fröhlich verteilen! Ist das noch normal, meine Damen und Her-

ren? Das ist so, als wenn man einem Bauern ein Schwein wegnimmt, ihm drei Schnitzel zurückgibt und ihm sagt, dass er damit doch gefälligst froh sein soll.

Um dem Fass den Boden auszuschlagen, schimpft Herr Gabriel noch am vergangenen Montag bei der Gründung der Agentur für Erneuerbare Energien in Bonn auf die Milliarden-Subventionen für konventionelle Energieträger ein. Das ist nun wirklich eine Verdummung des Volkes.

Meine Damen und Herren, wir haben es Ihnen vorher immer wieder gesagt: Nachdem die Grünen schon jahrelang mit vereinfachten Parolen und Protesten Kraftwerksbauten zu blockieren versucht haben, haben sie mit der Ausgestaltung des Emissionshandels endlich ein wirkungsvolles Mittel zur Gefährdung unserer Energieversorgung und damit der Grundlage unseres Wohlstands gefunden.

Die NRW-SPD ist dem Ganzen gründlich auf den Leim gegangen. Kein Wunder, dass sich Herr Römer über die Energieversorger beklagt. Es wundert nicht, dass Ihre vertrauliche Handreichung an den Landesvorstand ein einziges Klagelied ist. Keiner will Ihnen mehr vertrauen, beklagen Sie da. Wundert Sie das, Herr Kollege Römer? Sie schröpfen das Unternehmen und gefährden Arbeitsplätze und Investitionen in erheblichem Maße. Und dann sollen die Betriebsräte und Arbeitnehmer das auch noch mitmachen? Das ist ja blanker Suizid.

Wie man der Presse jetzt entnehmen konnte, hat Ihnen das auch der Hauptvorstand der IG BCE in einem Brief schwarz auf weiß bestätigt. Betriebsräte und Gewerkschaften werden Ihnen nicht in Ihrem Deindustrialisierungskurs folgen.

Dass das andere Länder und der Bund insgesamt anders sehen, liegt natürlich auf der Hand, denn dort sind auch andere Interessen. Baden-Württemberg hat CO₂-freie Kernenergie und kaum Kohle. Überhaupt hat fast kein Land diese einmalige Struktur. Deshalb vertreten wir die Interessen von Nordrhein-Westfalen. Offensichtlich müssen wir diesen Job auch für die SPD machen.

Meine Damen und Herren, insgesamt werden wir, CDU und FDP, mit der Energie- und Klimaschutzstrategie die Emissionen um 33 % auf der Basis von 1990 senken. Das geht vor allem über die Effizienz. Ein effizienter Umgang mit Energie – das sind sich wohl alle hier einig – ist volkswirtschaftlich und ökologisch der beste Weg, um Klimaschutz und Ressourcenschonung zu betreiben.

Wir Freien Demokraten wollen eine Energieversorgung, die den Ansprüchen der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit und der Umweltverträglichkeit gleichermaßen Rechnung trägt. Dazu gehört die Verlängerung der Laufzeiten für unsere sicheren und CO₂-freien Kernkraftwerke genauso wie Kohlekraftwerke und ein vernünftiger Ausbau von erneu-

erbaren Energieträgern unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten.

Keine Energieform darf aus ideologischer Verblendung von vornherein ausgeschlossen werden. Auf allen Gebieten muss geforscht werden, meine Damen und Herren. Deshalb forschen wir weiter an der Kerntechnik, an der CCS-Technologie und an der Speichertechnik für regenerative Energieträger. In Jülich wird auch an einem solarthermischen Kraftwerk geforscht. Auch darin liegt eine große Chance für die Energieversorgung der Zukunft.

Meine Damen und Herren, FDP und CDU machen dieses dann zukunftsfähig und krisenfest. Wir laden auch die anderen Fraktionen ein, endlich wieder die Interessen Nordrhein-Westfalens zu vertreten und sich nicht in persönlichen Eitelkeiten und ideologischen Spinnereien zu verzetteln. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Grünen spricht nun Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich mit einer kurzen Bemerkung zu der zwischen Herrn Weisbrich und Herrn Brockes eingeleiteten Bergbaudebatte anfangen: Wir befinden uns im Jahre 2009.

(Christof Rasche [FDP]: Das stimmt!)

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir feststellen: Von 1997 bis 2005 gab es eine Bergbaufinanzierungsregelung, die unter der Regentschaft von Bundeskanzler Kohl mit einem FDP-Bundeswirtschaftsminister Rexrodt beschlossen worden ist, und zwar einstimmig im Bundestag mit Zustimmung von SPD und Grünen. Damit wurde die Finanzierung von 1997 bis Dezember 2005 geregelt. Zumindest die CDU war mit Kohl federführend. Die FDP sagt ja immer: Wir wollten eigentlich nicht, wir mussten nur. – Aber wir können es nicht abstreiten. Ich weiß, dass Joschka Fischer es mitgetragen hat.

Festgelegt worden ist – das war unser großer Fehler –, dass der Finanzierungsanteil von Nordrhein-Westfalen im Dezember 2005 bei etwas mehr als 21 % lag. Das ist unsere Hypothek. Es hat drei Jahre, 2006 bis 2008, gegeben, in denen Rot-Grün das mit Bewilligungsbescheiden gemacht hat. Anschließend gab es einen Kurswechsel. Jetzt befinden wir uns in der Ausstiegsphase.

Ganz ehrlich müssen wir doch sagen: Die Entwicklung ganz alleine den 39 Jahren SPD-Regierung anzulasten, obwohl es, wenn man durch die Historie geht, bei der Kohle seit den 60er-Jahren ...

(Christian Weisbrich [CDU]: Habe ich doch gar nicht gemacht!)

– Sie dürfen ihn wegen des Sockels ab und zu quälen, Herr Kollege Weisbrich. Das ist völlig in Ordnung. Aber wir sollten schon sagen, dass das Ganze ein Stück weit im Konsens geschehen ist.

Für mich aber ist etwas ganz anderes entscheidend. Der Haushalt soll im Prinzip die Situation nach vorne beschreiben. Er geht aber für mich wiederum – wie die eben geführte Debatte – an den tatsächlichen Anforderungen weit vorbei.

Wir haben zwei große Diskussionen über internationale Probleme. Da ist zum einen der Klimaschutz. In Kopenhagen steht für dieses Jahr die nächste große Konferenz an, und alle hoffen, dass – was sich andeutet – die Amerikaner ihren Kurs ändern. Wir wollen aber zunächst abwarten, was wirklich unterschrieben wird. Darüber hinaus hat die Europäische Union mit einem Beitrag der Bundesregierung ein bestimmtes Emissionshandelssystem beschlossen.

Herr Brockes traut uns anscheinend viel zu, hat er doch eben gesagt, die Grünen setzten ihre Vorstellungen vom Emissionshandel um. In der Bundesregierung war das aber die Große Koalition, und alle CDU-Abgeordneten im Bundestag haben es mit beschlossen. Es gibt nur eine einzige Gruppe, die an der Stelle völlig isoliert ist. Das sind Sie hier von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen. In Brüssel ist beschlossen worden. Dort waren es nicht die Grünen – so stark sind wir dort auch nicht –, sondern das System ist europäische Beschlusslage.

Die Anforderungen aus dem Klimawandel werden nicht schwächer werden, sondern die Situation spitzt sich – nach allem, was wir wissen – eher zu.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

International wird es in Richtung Emissionshandel gehen. Wir sind gar nicht auseinander: Irgendwann wird es dazu kommen, dass der Emissionshandel das EEG und andere Vergütungen tatsächlich überflüssig macht. Dessen bin ich mir sicher.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Es wird nur länger dauern. Der Emissionshandel muss konsequent eingesetzt werden. Alles, was die beiden Vorredner von CDU und FDP dazu erzählt haben, macht deutlich, dass Sie das nicht wahrhaben wollen, was in Brüssel und Berlin beschlossen worden ist und mit Kopenhagen nun weitergeführt wird. Es ist die Grundlage, auf der wir arbeiten müssen. Sie stellen sich den Problemen aber nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben uns in der Enquetekommission mit der Frage danach beschäftigt, wie lange es noch Erdöl und Gas gibt. Beim Öl haben wir einen Preisverfall mit großer Geschwindigkeit erlebt: Im Juli letzten Jahres waren es 147 \$ je Barrel. Jetzt liegen wir bei etwas über 30 \$ je Barrel. Das hat niemand von uns erwartet. Wir dürfen aber alle davon ausgehen,

dass es an dem Punkt nicht bleibt, sondern dass der Preis wie beim Gas steigen wird. Wir sind – das haben wir auch gelernt – mit allen Prognosen vorsichtig. Die Fragen des Klimaschutzes und nach der Ressourcenverknappung werden im Energiebereich wichtigste Einflussfaktoren auf den Weltenergiemärkten sein.

Es gibt auf der linken Seite des Plenums niemanden, der sagen würde, wir brauchten keine Kohlekraftwerke und werden deshalb keine mehr haben. Wir wissen sehr wohl, dass Kohlekraftwerke über die nächsten 20, 30 und 40 Jahre weltweit gebaut und auch betrieben werden. Das ist einfache Realität. Die Frage stellt sich nur: Öffnen wir uns als Energieland Nummer eins den neuen Märkten, die sich durch Klimaschutz, Ressourcenverknappung und anderes abzeichnen? Oder machen wir an der Stelle die Augen zu?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihre Leistung besteht in dem geordneten Ausstieg aus der Kohle. Aber im Moment versagen Sie völlig in der Frage: Was macht dieses große, industriell starke Maschinen- und Anlagenbauland in den Märkten, die durch die drei E – erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Effizienz – bestimmt werden? Es geht auch um Windräder, die aber nur einen ganz kleinen Teil ausmachen. Es geht auch darum, wer die energieeffizientesten Produktionsprozesse hat. Wer hat die energiesparendste Druckmaschine? Wer bringt als Erster das Drei- und das Ein-Liter-Auto auf den Markt? Das werden die Märkte sein, auf denen weltweit nachgefragt werden wird.

Entweder stellen wir uns in diesen Märkten auf und machen uns das zu eigen, oder Nordrhein-Westfalen wird eben nicht das Energieland Nummer eins sein, sondern Zug um Zug verlieren. Bei den erneuerbaren Energien bekommen wir doch beinahe im Monatsrhythmus die Bilanz um die Ohren geschlagen. Wir waren im Binnenbereich einmal das stärkste Land und rutschen jetzt immer weiter nach hinten. Die ostdeutschen Länder wie zum Beispiel Brandenburg überholen uns Zug um Zug. Das ist auch Ergebnis einer konsequenten Politik.

Wir haben uns auf einer Ausschussreise durch Deutschland unter anderem die Windkraft bei ENERCON angeschaut. Wir haben uns Photovoltaik in Sachsen angeguckt. Alle anderen Bundesländer – auch CDU-regierte – sind an der Stelle besser und konstruktiver nach vorne aufgestellt als wir. Bei ENERCON arbeiten 11.000 Leute in der Windkraft. Während die Autoindustrie mit Abwrackprämien betteln muss, um Autos zu verkaufen, kommt ENERCON und spricht von zwei Jahren Lieferzeit bei einem Exportanteil von knapp 70 %.

Das genau sind die Bereiche, die positiv sind und die wir entwickeln müssen. Bei denen verlieren wir aber in Nordrhein-Westfalen Zug um Zug, Frau

Ministerin. Wir werden dort verlieren, wo wir keine eigene Fertigung haben. Dabei wünsche ich mir, dass wir das in Duisburg hinbekommen. Das will ich klar sagen. Ansonsten verlieren wir auch bei den Zulieferern Zug um Zug, weil die bei ENERCON zwischen dem Hafen in Emden und dem Werk in Aurich eine Bahnstrecke reaktiviert haben und eine eigene neue Gießerei bauen, weil NRW nicht genügend schnell große Gussteile liefern kann.

Natürlich geht die Zulieferindustrie in der Tendenz dorthin, wo die großen Produktionsstandorte sind. Wenn wir nur Zulieferer sind, verlieren wir Zug um Zug. Das wird immer weniger werden.

Ich will noch ein Detail erwähnen: Selbst Siemens steigt auf die getriebelose Technik von ENERCON um. Das ist aus meiner Sicht die beste, die es weltweit gibt. Sie merken: Der Zug mit den Getrieben geht tendenziell eher abwärts. Wir sind stark bei den Zulieferteilen, die aber möglicherweise auf den Zukunftsmärkten nicht mehr gefragt sind. Das ist keine Strategie nach vorne.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deshalb müssten wir uns so aufstellen, dass wir die Bereiche zum Thema machen, die diese Märkte bestimmen. An der Stelle vermisste ich Ihr positives, aktives Handeln nach vorne.

Weil Sie es in Ihrem Programm stehen haben, spreche ich es auch an: Sie werden den Etat im progres-Programm in diesem Jahr von 11 Millionen € um knapp 8 Millionen € auf etwa 20 Millionen € erhöhen. In der Begründung steht, dass das sehr stark in Richtung der Wasserstoffinitiative geht. Ich habe mich sehr stark für die Brennstoffzelle interessiert, weil ich selber überlegt habe, sie als Heizungssystem einzusetzen.

Ich weiß aber, dass wir seit fast 10 oder 15 Jahre nach Vaillant pilgern und fragen können, wann sie die erste Zelle haben, weil wir sie gerne einsetzen möchten. Als Techniker hat man natürlich Spaß daran, so ein Ding zu Hause zu haben, um auszuprobieren, ob das vernünftig funktioniert. Aber ich weiß, dass die nicht liefern können. Das sind nicht die Einzigen; es gibt auch noch Brötje und andere: Sie alle können nicht liefern, weil die Technik schwieriger als erwartet ist.

Wir wissen, dass das in der Fahrzeugtechnik eingesetzt werden sollte. Auch da gibt es Probleme.

Wenn ich die EU-Beschlüsse richtig lese, ist es so, dass sich die EU jetzt in Richtung Elektromobilität bewegt. Das ist ein ganz spannender Weg. Aber es ist eine Elektromobilität, bei der die Fahrzeuge mit Strom aus erneuerbaren Energien angetrieben werden. So hat es die EU beschlossen. Wir wissen nämlich genau, dass wir die biogenen Treibstoffe in dem Maße, wie sie gewünscht werden, gar nicht herstellen können.

Das heißt: Es gibt in der Technik eine Tendenz, von der Brennstoffzelle wegzugehen in Richtung elektromotorische Antriebe. Der Elektromotor ist auch sehr gut dafür geeignet. Er hält achtmal so lange wie ein Verbrennungsmotor. Er ist im Teilleistungsverhalten viel besser. Das ist eine ganz spannende Technik.

Wir setzen jetzt in Nordrhein-Westfalen möglicherweise sehr stark auf einen Forschungszweig – ich würde gar nicht sagen, dass wir es nicht machen sollen –, der zwar in der Forschung sehr interessant ist, von dem wir aber wissen, dass er in den nächsten – von mir aus – fünf bis zehn Jahren beschäftigungsmäßig überhaupt nicht das bringen wird, was alle anderen Bereiche bringen werden, die wir den anderen Bundesländern überlassen.

Das ist ein ganz riskantes Unternehmen. Ich würde gar nicht sagen, wir sollten es nicht machen. Aber dass wir das jetzt so verstärken, während wir gleichzeitig, umlagefinanziert über EEG und CO₂-Abgabe, den Aufbau der neuen Industrien in allen anderen Bundesländern finanzieren, ist keine vernünftige Strategie. – Das ist die Kritik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da können wir eigentlich nur einen vernünftigen Weg gehen, indem wir sagen, dass wir uns das mit der Wasserstofftechnik zwar überlegen und auch ein Stück weit finanzieren, wir aber die Prozesse, in denen im Moment Arbeitsplätze generiert werden und in denen es im Moment durch innovative Entwicklung wirklich zum Aufbau von neuen Industriezweigen kommt, vorantreiben müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Beim EEG haben wir gelernt – das soll meine letzte Bemerkung sein –: Es gab einen EEG-Entwurf von Bundesumweltminister Gabriel. Den fanden wir nicht gut. Die CDU wollte ihn schlechter machen.

Dann haben sich die norddeutschen Ministerpräsidenten der CDU gemeldet und gefordert, er müsse besser werden, damit die Windenergieindustrie in Norddeutschland nicht kaputtgeht. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten der CDU haben sich gemeldet und verlangt, er müsse bei der Fotovoltaik besser werden, und die Süddeutschen wollten, dass er bei der Biomasse besser wird.

Herausgekommen ist ein Gesetzentwurf, der im Sinne der Nutzung erneuerbarer Energien deutlich besser war als der Input von Gabriel. Damit konnte man gar nicht rechnen. Das geschah mit den Stimmen aller CDU-Ministerpräsidenten der Länder rund um Nordrhein-Westfalen. So war es.

Deswegen kann es nur den Weg geben, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen in den Bereichen besser und konstruktiver aufstellt und die Chance wahrnimmt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sonst verlieren wir in dem Prozess Jahr um Jahr. Es geht nicht nur um ein Windrädchen oder eine Solarzelle, sondern das sind die industriellen Arbeitsplätze von morgen und übermorgen. Da den Anschluss zu verlieren, und zwar im Prinzip aus ideologischer Positionierung, wäre für das Land fatal – fatal in einer Situation, in der die Wirtschaft stark bedroht ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der eine sagt, ich säße auf einem toten Pferd, und der andere sagt, ich würde aus ideologischen Gründen irgendwas nicht ausreichend fördern.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wo er recht hat, hat er recht!)

In beiden Äußerungen finde ich mich nicht so richtig wieder. Herr Römer, bei dem „toten Pferd“ geht es zum Beispiel um die Ankündigung, dass ab 2013 bei uns im Land 70.000 Arbeitsplätze gefährdet sein werden – das sagen nicht wenige –, weil wir die stromintensiven Branchen nicht so geregelt haben, wie wir sie sachkundig hätten regeln müssen. – Erster Hinweis. Wir versuchen, die Reste beim Abgrenzungen der Branchen und bei der Frage der Kappungsgrenze noch hinzubekommen.

Sie haben dazu nichts gesagt. Sie kennen die Menschen gar nicht mehr, die in solchen Branchen arbeiten. Deshalb wenden diese sich fast täglich an uns.

(Norbert Römer [SPD]: Oh je!)

Zweiter Hinweis: Wir täten nicht genügend für die erneuerbaren Energien. – Auch das kann ich nicht sehen.

Herr Priggen, die Konditionen des KfW-Programms für die Gebäudesanierung sind ausreichend attraktiv. Da werden wir nichts draufsatteln. Das ist auch gar nicht nötig. Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst viele Anträge aus Nordrhein-Westfalen kommen, die diese Finanzierungsmöglichkeiten ausschöpfen und damit – ich glaube, darin sind wir uns einig – einen Beitrag dazu leisten, dass in Gebäuden nicht mehr so viel Energie verplempert wird.

Wir haben schon eine ganze Menge geholt: 2.000, 2 Milliarden €, rund 45.000 Projektanträge. Das ist doch nicht wenig. Wir wollen das verstärken. Wir haben deshalb eine Beratungs- und Informationsstruktur teils weitergeführt, teils neu aufgebaut, die uns dabei hilft.

Aber wenn Sie hier tatsächlich unter konjunkturellen Gesichtspunkten vortragen, da ließe sich mit irgendeiner Beschleunigung beim Abbau von Nachtspeicherheizungen etwas bewegen, sage ich Ihnen: Haben Sie sich einmal klargemacht, was dann in Wohngebäuden kurzfristig alles verändert werden muss? Alle Leute, die ich in der Sache frage, antworten mir: Liebe Leute, unter konjunkturellen Gesichtspunkten – lasst es!

Ich glaube, da sind die klassischen Maßnahmen der Gebäudesanierung, die wir zusammen mit Handwerk, Industrie- und Handelskammern, Beratungseinrichtungen und unserer Energieagentur ergreifen, richtiger.

Wir sind, was die Nutzung der Windenergie angeht – das mag Sie nerven – mit einer Anlagenleistung von 2.545 MW immer noch an vierter Stelle unter allen Bundesländern, und wir haben nun einmal keine Küste.

(Norbert Römer [SPD]: Ja so!)

– Ja so. – Wenn Sie sagen, wir hätten bei den Zulieferungen eine Technologie, die zukünftig möglicherweise nicht mehr gebraucht werde, weil wir Getriebe herstellen, sage ich: Es gibt nicht wenige, die sehen das anders. Die sagen, mit Getrieben sind die Anlagen stabiler.

Lassen Sie auch da eine Abwägung zu. Ich lege mich dort nicht ideologisch fest, Herr Priggen. Unser Schwerpunkt – auch das habe ich vorhin schon einmal ausgeführt, und Herr Weisbrich hat es unterstrichen – liegt einmal in der Nutzung von Wettbewerben, gerade auch mit Energiethemen, wofür wir inzwischen in der ersten Runde 80 Millionen € ausgeben. Da findet all das statt, was Sie möchten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Was die drei Elemente betrifft – ich kann sie alle aufzählen; Brennstoffzelle und Wasserstoff –: Sie sagen, das sei nicht falsch, Sie wünschten uns Erfolg, aber Sie wären vorsichtig. – Herr Priggen, das ist doch gar kein Problem. Nehmen Sie teil. Wir werden das im Februar gerade unter dem Gesichtspunkt Elektromobilität machen, weil bei uns im Land sowohl Stromerzeuger als auch Forschungseinrichtungen und andere Entwicklungen bei den Batterien vorantreiben. Wir werden, weil wir ein großes Industrieland sind, parallel auf die Elektromobilität setzen.

Wir werden nicht das eine ablehnen und das andere machen. Ich sehe das wie Sie, dass man da gucken muss, was schneller geht, was vielleicht auch für einen Ballungsraum geeigneter ist und wer da alles etwas machen muss. Das tun wir. Sie können gerne daran teilnehmen.

Auf der anderen Seite: Wenn wir die Weltwasserstoffkonferenz im Jahr 2010 zu uns haben holen können, dann ist das ein Treffpunkt für Menschen aus der ganzen Welt, die hierherkommen, weil sie

hier ein interessantes Umfeld sowohl was Forschung als auch was Anwendungsprüfung angeht vorfinden. Ich möchte eine solche Chance nicht verpassen.

Wenn Sie so genau wissen, dass das eine in 2012 marktreif ist und das andere erst in 2016, muss ich zugeben: Ich weiß nicht so viel. Da setze ich lieber wegen der Größe des Landes auf mehrere Alternativen.

Das Programm *progres* umfasst drei Bausteine: Innovation einschließlich Demonstration neuer Techniken, Markteinführung einschließlich Ausbau von Nah- und Fernwärme und Energiekonzepte.

Genau das, was Sie anmahnen, wird im Rahmen dieses Programms gefördert: Branchenenergiekonzepte. Wir haben uns damit neulich sogar in Brüssel einmal vorgestellt, um zu sehen, ob es solche Überlegungen auch anderswo gibt oder sogar Möglichkeiten zur internationalen Kooperation bestehen.

Da müssen Sie uns nicht in eine Ecke stellen, in die wir einfach nicht gehören. Wir bieten Information und Beratung unter den Überschriften „NRW spart Energie“ und „Mein Haus spart“ zusammen mit vielen, vielen Wirtschaftsorganisationen an. Ihnen ist bekannt, dass wir mit der Verbraucherzentrale kooperieren, weil wir wissen, dass viele Menschen eher den Weg dorthin finden als sich bei unserer Energieagentur zu melden. Denn wir möchten, dass sie einen ersten Zugang zu sinnvollen Maßnahmen bekommen.

Sie haben eine schöne Frage gestellt, mit der Sie wissen wollten, welche Maßnahmen wir in den letzten Jahren aus *progres* finanziert haben. Ich weiß nicht, ob die Antwort mit den Zahlen schon bei Ihnen eingetroffen ist. Vielleicht zeige ich nur einmal die Entwicklung auf. Abwärmerückgewinnungsanlagen: Im Jahr 2005 drei Maßnahmen, im Jahr 2008 24. Biomasse-, Biogasanlagen: Im Jahr 2005 27, im Jahr 2008 117. Fotovoltaikanlagen: Im Jahr 2005 156, im Jahr 2008 776.

Zur Fotovoltaik nur ein Hinweis: Es gibt ja inzwischen Leute – und diese Leute sagen das auch frei heraus –, die Dächer mieten, weil die Einspeisevergütung so schön hoch ist, die den erzeugten Strom aber fast nie selber nutzen. Sie verkaufen den Strom für 45 oder 47 Cent an die Stadtwerke. Dann kaufen sie sich den preiswerten Strom von Stadtwerken wieder ein. Das ist eine Renditeanlage, die sicherer ist als manches Papier an der Börse. Das ist die Wahrheit, über die wir dann auch reden müssen.

Thermische Solaranlagen: Im Jahr 2005 224, im Jahr 2008 709. Passivhäuser: Im Jahr 2005 34, im Jahr 2008 355. Wohnungslüftungsanlagen: Im Jahr 2005 206, im Jahr 2008 810. Wärmeübergabestationen: Im Jahr 2005 null, im Jahr 2008 1.070.

Ich finde, man kann zwar immer noch sagen, das wäre zu wenig, aber dass sich nichts getan hätte, ist eine Fama.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu diesem Teilbereich liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zum

Teilbereich Landesplanung

Ich darf als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Kollegen Römer das Wort geben. Bitte schön, Herr Kollege.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! In der jetzt kurzen Aussprache zur Landesplanung geht es nicht vorrangig um Finanzen. Das Gesamtvolumen des zugehörigen Kapitels im Einzelplan 08 ist mit ca. 1 Million € ja auch vergleichsweise gering.

Aber wie in der Energiepolitik – darauf will ich schon hinweisen – geht es da um leere Versprechungen, Frau Thoben, um Verhinderungspolitik und um keinerlei Sacharbeit. Denn wie in den Jahren zuvor bleiben zwei Projekte auf der Wiedervorlage: bei der Novelle von Landesplanungsgesetz und von Landesentwicklungsplan Stillstand der Rechtspflege.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das stimmt doch nicht!)

Besonders peinlich, Frau Thoben, ist: Sie begründen dies ausgerechnet mit dem völlig unnötigen Vorziehen der Kommunalwahl. Hier steht sich die Regierung Rüttgers offensichtlich selbst im Weg. Also: Bei der Rechtsetzung im Bereich Landesplanung Fehlanzeige.

Ich will aus aktuellem Anlass heute jedoch auf den Vollzug von geltendem Landesplanungsrecht eingehen. Deshalb rede ich auch anstelle meines Kollegen Gerd Bollermann.

Frau Thoben, ddp berichtete am 22. Januar 2009 – das hat ja vorhin auch schon eine Rolle gespielt –, dass Johannes Lambertz am 21. Januar 2009 in Berlin gesagt habe: Wegen der vollen Auktionierung der Kohlendioxidrechte ab 2013 wird RWE große Projekte für Kohlekraftwerke in westeuropäischen Ländern wie Deutschland oder Großbritannien aussetzen.

Frau Thoben, wir gehen nicht davon aus, dass sich diese Aussage auf das Kraftwerkserneuerungsprogramm im rheinischen Braunkohlenrevier bezieht. Denn alle Beteiligten wissen: Es gibt eine verbindli-

che Vereinbarung vom 20. Oktober 1994 zum Kraftwerkserneuerungsprogramm zwischen der Landesregierung und RWE. Aus dieser Vereinbarung nur zwei Passagen, die von RWE unterschrieben wurden:

Erstens. „RWE Energie verpflichtet sich, Zug um Zug die vorhandenen Braunkohlenkraftwerksblöcke durch Anlagen mit jeweils bester zur Verfügung stehender Technologie zu ersetzen.“

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: 1994!)

Weiter: „Wir bestätigen, dass eine Neuverhandlung der Verpflichtungen sowie eine Überprüfung der Genehmigung des Braunkohleplans Garzweiler II erfolgt, wenn die Planungsgrundlagen der oben genannten Maßnahmen sich in einem Umfang ändern, der eine wettbewerbsfähige Braunkohleverstromung so nachhaltig beeinflusst, dass die Verwirklichung von Teilen der Verpflichtung gefährdet ist.“

So weit die Vereinbarung.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Interessante Vereinbarung!)

RWE hat zugesichert, seinen Kraftwerkspark Zug um Zug zu erneuern. Diese Zusicherung ist ja nicht nur Bestandteil der Rahmenvereinbarung. Sie ist auch Bestandteil der Genehmigung des Rahmenbetriebsplans Garzweiler II.

Ich zitiere von Seite 19 der Genehmigung, die damals das für die Landesplanung zuständige Umweltministerium am 31. März 1995 erlassen hat:

Durch die vereinbarten Maßnahmen werden ökologisch begründete Investitionen mit einem Volumen von über 20 Milliarden DM ausgelöst, die einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze und zur Stabilisierung der Wirtschaftsregion darstellen und zukunftsweisende industrie- und technologiepolitische Chancen für Nordrhein-Westfalen eröffnen. Mit dem verbindlich zugesagten Gesamtprogramm sind die Forderungen der Landesregierung und des Landtags Nordrhein-Westfalen an die Unternehmen erfüllt.

Und weiter heißt es auf Seite 19:

Eine Überprüfung der Genehmigung des Braunkohlenplans Garzweiler II wäre notwendig, wenn die Verwirklichung von Teilen der Vereinbarung zwischen der RWE Energie AG und Rheinbraun AG mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vom 20. Oktober 1994 gefährdet würde.

Damit war immer klar: Die wirtschaftliche Nutzung des Rohstoffschatzes Garzweiler II ist untrennbar mit der Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms verbunden.

(Zustimmung von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Nichts anderes hat der RWE-Vorstand bestätigt.

Deshalb, Frau Thoben, gehen wir nach wie vor davon aus, dass diese Vereinbarung gilt – und Zug um Zug gilt. Deshalb erwarte ich von Ihnen, dass Sie als die für die Landesplanung zuständige Ministerin Klarheit in die Öffentlichkeit bringen, ob denn mit der Ankündigung des RWE-Chefs Lambertz, keine neuen Kohlekraftwerke in Westeuropa mehr bauen zu wollen, das Kraftwerkserneuerungsprogramm gefährdet wäre. – Ich hoffe nicht.

Es kommt jetzt, Frau Thoben, aber darauf an, dass wir nicht nur in diesem Hohen Hause Klarheit darüber bekommen,

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

sondern dass vor allem die Menschen im Braunkohlerevier Klarheit bekommen, dass beides passiert, dass es mit dem Kraftwerkserneuerungsprogramm ebenso weitergeht wie mit dem Braunkohleabbau und dass der voranschreiten kann, wie das in der Planung festgelegt ist. Ich hoffe, Sie können heute oder in absehbarer Zeit die dafür nötige Klarheit bringen. Das ist Ihre Aufgabe, Frau Ministerin. Sie sind auch für die Landesplanung verantwortlich. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat der Kollege Hubert Schulte für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt bin ich mal gespannt! Keine Rede wie alle Jahre wieder!)

Hubert Schulte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Klein, aber fein“ und „besonders wichtig“ kann man im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen zum Ansatz für die Landesplanung sagen. Allein, dass der Etat der Landesplanung eine eigene Beratung erhält, zeigt die Bedeutung für unser Land.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist es, Herr Kollege! – Weiterer Zuruf von der SPD)

Insofern hätte ich mir gewünscht, Herr Römer, wenn Sie vielleicht doch Herrn Prof. Bollermann hätten sprechen lassen. Der hätte sicherlich zum Thema Landesplanung gesprochen und nicht konsequent daran vorbei.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Nein, das ist ein wesentlicher Teil des Landesplans, Herr Kollege!)

Bei der Landesplanung ist eine Vielzahl von unterschiedlichen Handlungs- und Problemfeldern zu berücksichtigen. Deswegen ist auch eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich. Die wird auch entsprechend erfolgen.

Welche Fragestellungen dort aufgeworfen sind, das beginnt bereits damit, wie weit wir als Land eigentlich in das Selbstbestimmungsrecht der Städte und Gemeinden eingreifen. Wie weit müssen Regelungen vorgenommen werden, um konkurrierende Interessen von Nachbargemeinden auszugleichen?

Ich will ein Beispiel nennen. Ein Möbelhaus einer Mittelstadt beabsichtigt aktuell eine Verkaufsfläche von 60.000 m² auszuweisen – natürlich mit eigenem Autobahnanschluss. Dadurch entsteht ein Angebot, das weit über das für die eigene Bevölkerung erforderliche hinausgeht und aus einem weiten Umkreis Käuferschichten anzieht und damit auch Käuferströme in einer ganzen Reihe von Nachbarstädten beeinflusst und verändert.

Nun kann man sagen: Gut, das sind ja nur Möbel, das ist eine Branche. Aber das Beispiel lässt sich auch auf andere Branchen übertragen; genannt seien nur Kleidung, Lebensmittel oder Elektrogeräte. Da stellt sich die Frage: Will das Land diese Entwicklung in der konkurrierenden Nachbarstadt weiterlaufen lassen oder ist es erforderlich, als Land einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen?

Eine Entwicklung dieser Art kann dazu führen – das muss man klar und deutlich sagen –, dass in den Nachbarstädten alle Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung der Innenstädte ins Leere gehen. Noch einmal die Frage: Müssen wir da Regelungen treffen, ja oder nein? – Sicherlich ein Punkt, der bei der Aufstellung des neuen Landesplans eine Bedeutung haben wird.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Ziel der Landesplanung muss es sein, bei gleichzeitig attraktivem Flächenangebot für Gewerbe und Industrie den Flächenverbrauch zu reduzieren. In unserem dicht besiedelten Land führt gerade die Ansiedlung oder auch Erweiterung produzierender Betriebe häufig zu Konflikten mit bereits bestehenden, anderen Nutzungen. Da wir auf unsere Industrie- und Gewerbebetriebe als Grundlage unserer Wirtschaft angewiesen sind und auch dazu stehen, müssen Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden.

Hierzu bieten interkommunale Gewerbegebiete einen Lösungsansatz. Zurzeit gibt es in NRW 38 interkommunale Gewerbegebiete; weitere 18 sind in Planung. Diese interkommunalen Gewerbegebiete führen zu einer stärkeren Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden. Durch die Konzentration der Flächen wird die Zersiedelung gemindert. – Nicht verhindert, vermindert.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Unser Ziel!)

Es muss nicht mehr jede Stadt ein neues Gewerbegebiet haben.

Damit wird ein weiteres Ziel in die Zukunft gerichteter Landesplanung erleichtert

(Zuruf von der SPD: Ein alter Hut!)

– Ja, richtig; aber auch alte Hüte sind nicht immer schlecht –: der Schutz unserer Natur und Landschaft. Auch hier gilt es, das richtige Augenmaß zu haben. Der ländliche Raum ist weiterzuentwickeln. Seine Bewohner haben ein Recht darauf, dass sie nicht von der Entwicklung des städtischen Raumes abgekoppelt werden.

Und, meine Damen und Herren, mein Lieblingsthema: In die Landesplanung gehört auch die Sicherung der Rohstoffreserven.

(Beifall von der FDP)

Rohstoffe sind nicht nur Braunkohle, Kalkstein und Kies – und sicherlich wird auch „Steinkohle“ als Zwischenruf kommen –, sondern hierzu gehören auch die bei heutigen Preisen noch nicht abbauwürdigen Metallvorkommen wie sie im Sauerland, Bergischen Land und in der Eifel in der Vergangenheit abgebaut wurden, die jedoch mit Blick auf Preisentwicklungen in die Zukunft hinein zu sichern sind, damit unsere Nachkommen die Möglichkeit haben, darauf zuzugreifen.

Die aufgezeigten Handlungsfelder sind nicht vollständig. Landesplanung hat viele, teilweise konkurrierende Interessen zu berücksichtigen.

Wir werden bei der Aktualisierung und bei der Aufstellung alle Städte, Gemeinden, Verbände, Regionalvertretungen und alle, die daran interessiert sind, beteiligen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wann kommt es denn, Herr Schulte?)

Unser Ziel ist es, unser Land mit der Landesplanung für die Zukunft gut aufzustellen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich bin überzeugt, dass uns das gelingt. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Ellerbrock das Wort, was ich ihm hiermit gern gebe. Bitte schön, Herr Kollege.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Rede des Kollegen Römer fällt mir nur Folgendes ein: Ein selbsternannter Retter in selbst verschuldeter Not sitzt jetzt im roten Gummiboot!

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, die Folgen des Emissionshandels sind genauso eingetreten, wie wir befürchtet haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Wohl wahr!)

Dieser Mensch stellt sich hierhin, weist mit dem Finger auf die Wirtschaftsministerin und spricht Schuld zu. Das war eine Kabarettleistung, aber er hat es mit ernstem Gesicht vorgetragen. Diese schauspielerische Leistung wollen wir anerkennen.

(Beifall von FDP und CDU)

Zweitens. Der zeitliche Ablauf beim Landesentwicklungsplan wurde verschoben; das sprachen Sie an. Das ist notwendig, um den neuen Regionalräten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Darüber brauchen wir gar nichts zu sagen. Die Hochachtung vor diesem kommunalen Gremium ist selbstverständlich.

Drittens. Ich halte es für sinnvoll, über Inhalte zu diskutieren. Das haben wir zu einzelnen Positionen schon getan. Es ist richtig, zum Beispiel in der Nähe von Kraftwerksstandorten die Möglichkeit der Ansiedlung abwärmenutzender Industriebetriebe zu haben. Die Wirtschaftsministerin hatte gesagt, das würde somit übernommen werden.

Ich möchte den Blick auf einen anderen inhaltlichen Punkt lenken. Wir müssen den Leitungsbändern erhöhte Aufmerksamkeit zuteilwerden lassen. Wenn es richtig ist, dass die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen davon abhängt, die Vernetzung von Industriestandorten voranzutreiben, müssen wir uns überlegen, ob es möglich ist, diesem Gedankengang im Landesentwicklungsprogramm und im neuen Landesentwicklungsplan mehr Raum zu geben.

Allerdings muss klar gesagt werden, dass auch die Wirtschaft deutlich machen muss, welche Leitungsbänder sie langfristig ins Auge fasst und wie wir hierbei Vorsorge betreiben können. Es kann nicht richtig sein, dass die Wirtschaft heute sagt: Jawohl, wir brauchen das; plant das und sorgt dafür, dass die Trassen frei sind! – Das ist eine Vertrauenssache und muss miteinander besprochen werden.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Landesentwicklungsplanung heißt auch, Chancen zu nutzen, um Visionen nach vorn zu treiben. Hubert Schulte hat es für die Stein- und Erdenindustrie angesprochen. Auch dieser Industriezweig braucht wie alle anderen Industriezweige Kalkulationssicherheit. Wir müssen ihm dabei gerade für Ressourcen, die standortgebunden sind, eine längere Kalkulationssicherheit zusprechen.

Planung heißt Vorsorgeplanung. Im Rahmen des Raumordnungsgesetzes gibt es die Stufen der Vorrang-, Vorbehalts- und Eignungsgebiete. Das können wir mit einer längerfristigen Planung in den

Regionalplänen und im Landesentwicklungsplan gut verankern.

Frau Ministerin, ich mache keinen Hehl daraus, dass ich Ihre Überlegungen, zweimal 15 Jahre anzusetzen, für nicht richtig halte. Dabei sollte die Regionalpolitik vielmehr einmal eine lange Diskussion zur langfristigen Orientierung führen. Dann haben wir Ruhe und können eine kalkulierbare Planung aufbauen, bei der sich sämtliche Beteiligten – Kommunen, Nutzungskonkurrenzen und Industrie – wiederfinden können.

Viertens. Technische und kaufmännische Problemstellungen unterliegen rationaler Argumentation. Wir haben aber eine bürgerbewegte Gesellschaft. Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger. Die tradierte Bürgerbeteiligung hat versagt. Jedes Industrieprojekt wird vor Ort bekämpft. Wirtschaft, Verwaltung und Politiker müssen überlegen, wie wir in einer bürgerbewegten Gesellschaft kommunizieren. Wir müssen das im Planungsprozess vor, während und nach Genehmigungsverfahren und den Bauphasen anders anfassen als heute. Mit der tradierten Bürgerbeteiligung sind wir gescheitert – ob uns das passt oder nicht.

Wichtig ist, dass wir neu denken, den Bürger ernst nehmen und im Voraus wesentlich besser informieren. Das bedeutet insbesondere, dass die Wirtschaft Kommunikation nicht als Verteilen von Flyern und als gelegentliche Durchführung von Informationsveranstaltungen ansieht, sondern dass sie Kommunikationsprozesse ernst nimmt.

Fünftens. Im Haushaltsentwurf geht es auf Seite 132, Titel 637 10, Kennziffer 422 darum, dem Kommunalverband Ruhr Kosten für die Teile zu erstatten, die er im Rahmen der Übernahme staatlicher Planung für das Verbandsgebiet übernimmt. Das läuft. Ab dem 21. September erhält der Regionalverband die Planungskompetenz für sein Gebiet.

Meine Damen und Herren, das Verbandsgebiet verfügt über gültige Regionalpläne, die untereinander abgestimmt sind. Denn sonst wären nicht genehmigt worden. Diese Regionalpläne müssen laufend gehalten und auf ein Niveau gebracht werden. Die Planungsgemeinschaft, die den regionalen Flächennutzungsplan vorangetrieben hat, hat mehr geleistet, als ich ihr zugetraut hatte. Insgesamt ist das aber sicherlich nicht hinreichend. Hierbei sind aber wertvolle Vorarbeiten gemacht worden.

Das Land, Frau Ministerin, stellt allein in diesem Jahr 200.000 € mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,2 Millionen € ein. Dahinter stehen acht Stellen. Das ist zumindest in den ersten Jahren eine ausgesprochen komfortable Ausstattung für den RVR.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir haben bei den Bezirksregierungen eingespart. Daher müssen wir überlegen, ob solch eine Aus-

stattung sachlich geboten und verantwortbar ist. Aus meiner Überzeugung ist sie nicht geboten. Man hätte mit der Hälfte der Stellen zumindest in den ersten Jahren gut arbeiten können. Das ist aus meiner Sicht eine Komfortausstattung – schön, wenn man sie hat. Aber im Vergleich zu anderen Dienststellen ist sie nicht zu rechtfertigen.

Wir werden noch überlegen müssen, wie wir dabei weiterkommen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Priggen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Reiner Priggen (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Schulte hat Herrn Prof. Bollermann vermisst. Daher möchte ich zwei Sätze von Herrn Prof. Bollermann aus der Debatte vor einem Jahr zitieren:

Wie im vergangenen Jahr können wir feststellen: Es gibt bisher keine Linie der schwarz-gelben Landesregierung zur Landesplanung. Landesplanerische Projekte, die Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen, haben wir nicht gesehen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Dabei bleibe ich auch heute noch!)

– Herr Ellerbrock, Herr Prof. Dr. Bollermann bleibt auch heute dabei.

Fazit ist – das wurde angekündigt –, dass das Landesplanungsgesetz im zweiten Quartal dieses Jahres vorgelegt werden sollte.

Wir wissen jetzt, es wird nicht vorgelegt, sondern es soll in die nächste Legislaturperiode verschoben werden. Das ist eines der zentralen Projekte. Es wäre spannend gewesen, darüber zu diskutieren.

Zu der Frage bezüglich der Rohstoffsicherung, die zwischen Herrn Ellerbrock und der Ministerin strittig war, will ich für uns klar sagen: Diese 15/15-Regelung, die Zeiträume etwas zu verknappt und dadurch anders anzupassen, hätten wir mitgetragen, weil wir das für sinnvoller halten, als das auf die ganz langen Zeiträume zu strecken. In der Sache würde man dann sicherlich einige Themen sehr strittig diskutieren. Wenn ich Herrn Ellerbrock ansehe, dann stelle ich fest, dass er weiß, worum es geht. Seine Bestrebungen, den ganzen Niederrhein in eine einzige Wasserwüste umzuwandeln, das IJsselmeer an den Niederrhein zu holen, den ganzen Kies auszugraben, sind aus unserer Sicht unverantwortlich. Sie können nicht innerhalb von ein-einhalb Generationen eine gewachsene Kulturlandschaft, die Heimat für viele Menschen ist, in ihrer

Struktur völlig verändern. Das kann nicht vernünftig sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Ministerin will die Zeiträume ein Stück weit verkürzen, um einen etwas vernünftigeren Umgang mit den Ressourcen sicherzustellen. Das kann nicht anders sein. In der Vergangenheit haben wir den Kies immer aus der Erde herausgeholt. Dann bleibt eine offene Landschaft übrig. Und dann wird das Ganze verbaut. Das Material, das nachher übrig bleibt, geht dann in eine Bauschuttdeponie. Das werden wir uns auf längere Sicht so nicht erlauben können. Das gilt für Kies genauso wie für andere Rohstoffe.

In einem weiteren Themenbereich, der spannend ist, gibt es nach wie vor eine Arbeitsteilung zwischen Wirtschaftsministerium und Umweltministerium. Der Kollege Umweltminister ist ja der Wanderprediger, der für weniger Flächenverbrauch, für mehr Schutz der Freifläche überall im Land sehr missionierend und sehr positiv auftritt.

(Beifall von der FDP)

Das wirklich ambitionierte Ziel ist, 15 ha Freiflächenverbrauch pro Jahr auf 5 ha zu reduzieren. Wir wissen aus dem Umweltausschuss, er ist jetzt bei 14 ha angekommen. Das mag aber auch eine statistische Unschärfe sein. Aber das ist natürlich weit weg von dem Ziel und steht im Gegensatz zu der Praxis, wie wir sie überall erleben. Wir erleben sie auch aus einem kommunalen Egoismus heraus. Wir haben das auch wieder im Ruhrrevier erlebt, als die Kommunen, die sich dort zusammengetan haben, so viele hundert Hektar zusätzliche Freiflächen im Bedarf angemeldet haben, dass man sagen muss, das kann überhaupt nicht sein. Deswegen brauchen wir an der Stelle eine Steuerung.

Es wird eine Aufgabe für uns alle sein, dafür zu sorgen, dass der Freiflächenverbrauch, die Inanspruchnahme von Freiflächen nicht so weiter gehen, sondern dass wir an der Stelle, wo wir alte Industriebrachen und andere Flächen haben, wesentlich stärker in die Wiedernutzung hineinkommen. Das müssen wir steuern, weil der kommunale Egoismus im Wettbewerb der Kommunen immer so stark ist – jeder will seine Reserveflächen, seine großen Flächen, die im Angebot sind, haben –, dass das nicht anders als über das Land zu machen ist.

Jetzt sind wir ein gutes Jahr vor der Landtagswahl. Wir wissen, in diesem Jahr passiert da nichts mehr. Es gibt Aufstellungen, die sich grundsätzlich positionieren. Dann werden wir das Kapitel, wenn wir es nüchtern sehen, 2011 wieder auf der Tagesordnung haben. Insofern könnten wir uns vielleicht darauf verständigen, dass wir bei der Haushaltsdebatte im nächsten Jahr nur die ersten beiden Bereiche ausführlicher diskutieren und uns die Landesplanung bis 2011 schenken. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Es gibt auch nicht viel zu sagen!)

Das Landesplanungsgesetz wird noch in dieser Legislaturperiode fertig und durch das Parlament gehen.

Etwas anders sieht es beim Landesentwicklungsplan und bei der Zusammenführung mit dem LEPro aus. Da wird die Regierung in dieser Legislaturperiode die Arbeiten abgeschlossen haben. Die Gespräche laufen. Aber um eine ordentliche Beteiligung der Regionalräte sicherzustellen, sollte man denen ausreichend Zeit geben, sich damit zu befassen.

(Beifall von der FDP)

Natürlich wird es in dem neuen LEPro 2025 auch um die Fragen gehen, an welchen Zielen wir uns orientieren und was wir, Herr Priggen, zum Beispiel bezüglich der jährlichen Flächeninanspruchnahme erreichen wollen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Priggen?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Kollege.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Das war für mich wirklich sehr überraschend. Ich habe Kollegen angesehen und festgestellt, dass es auch für sie überraschend war. Insofern habe ich eine Nachfrage. Sie sagen, das Landesplanungsgesetz wird noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet. Können Sie uns sagen, wann Sie einen Referentenentwurf in die Debatte einbringen wollen?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Wir gehen davon aus, dass wir einen solchen Entwurf im März ins Plenum einbringen können.

Reiner Priggen (GRÜNE): Aha! Danke schön.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Zu der Frage, welche Perspektiven, welche Ziele wir haben: Natürlich stimmt es, dass man sich überlegen muss, ob der demografische Wandel und eine weitere wirtschaftliche Entwicklung zu einem höheren Flächenverbrauch pro Arbeitsplatz führen oder nicht. Diese Abwägung ist noch nicht ganz abgeschlossen. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Die internen Überlegungen und Abstimmungen zwischen Umweltminister und Wirtschaftsminister sehen so aus, dass wir uns vornehmen wollen, bis 2025 den Verbrauch zu halbieren. – Damit auch das klar ist: Es wird ehrgeizige Ziele geben.

Herr Bollermann hat die Reichweite bezüglich der Rohstoffsicherung angesprochen. Herr Bollermann, wir wollen nicht, dass man dann immer zu kurze Fristen hat. Wir möchten, dass jeweils zwei Mal 15 Jahre, also 30 Jahre, gesichert sind.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie meinen Herrn Ellerbrock!)

– Entschuldigung! Das passiert mir häufiger. Ich bitte um Verständnis. Das darf nicht passieren, ist aber passiert.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das müssen wir einmal hinterfragen, aber das machen wir privat!)

– Ja, ist in Ordnung. – Wir wollen schon zwei Mal 15 Jahre jeweils fest haben. Das heißt, wenn die ersten ganz sicher abgebauten Jahre weg sind, dann bleibt man nicht in dem unsicheren Teil und hat dann nur 15 Jahre in der Perspektive, sondern dann müssen wieder 15 Jahre hinten drangehängt werden. Hier kann man natürlich unterschiedlicher Auffassung sein. Ich schildere nur, welche Überlegungen wir haben. Insofern hat man dann immer eine Perspektive von rund 30 Jahren.

Zu den Stellen – so rum und so rum –: Unsere Fachleute meinen auch in Abstimmung mit den Bezirksregierungen, das sei in Ordnung.

Herr Römer, Sie nutzen jedes Thema, um die Frage Energie aufzugreifen. Hier sitzen Sie auf einem falschen Pferd. Sie haben selber vorgetragen, dass man die Verabredungen von 1994 – ich habe es nicht wörtlich mitgeschrieben – überprüfen muss, wenn sich Rahmenbedingungen so nachhaltig verändern, dass es nötig ist. Sie müssten den Betriebsräten, den Mitarbeitern nur erzählen, dass das mit den Beschlüssen in Brüssel nicht passiert ist. Sonst ist genau das passiert, was Sie hier im Jahre 1994 verabredet haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere

Wortmeldungen liegen mir zu dem Teilbereich Landesplanung nicht vor.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Abstimmen! Wir haben die Mehrheit!)

– Herr Kollege Remmel, es gibt die Verabredung der Fraktionen, zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr keine Abstimmung stattfinden zu lassen. Deswegen wird auch die Abstimmung verabredungsgemäß zurückgestellt bis nach dem nächsten Einzelplan. Dieser Einzelplan ist im vorliegenden Fall nach der Verabredung der Fraktionen nun das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Ich rufe also auf das

Gemeindefinanzierungsgesetz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8017 hin und eröffne die Beratung.

Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Kollegen Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 setzt die schwarz-gelbe Landesregierung mit Nachdruck ihren Kurs fort, den sie konsequent seit Regierungsantritt fährt: einen nahezu unglaublichen Raubzug durch die Kassen der Städte und Gemeinden in unserem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit mehr als 1,8 Milliarden € haben Sie die Kommunen in unserem Land seit 2005 belastet. Sie haben gekürzt und gestrichen, Sie haben Aufgaben übertragen, ohne den entsprechenden finanziellen Ausgleich zu schaffen, und Sie haben getrickst.

Sie haben den 4/7-Anteil der Kommunen an den Einnahmen des Landes aus der Gewerbesteuer auf die obligatorische Verbundgrundlage gekürzt. Jährliche Verschlechterung: mindestens 180 Millionen €. Sie haben den Kommunalanteil an den Krankenhausinvestitionen verdoppelt von 20 auf 40 %. Jährliche Verschlechterung: mindestens 110 Millionen €. Sie haben die Bundesmittel für Betriebskosten bei Krippen einbehalten: 17 Millionen €. Sie haben Mittel bei der Erstattung von Schülerbeförderungskosten gestrichen: 17 Millionen €. Sie haben Zuschüsse nach dem Weiterbildungsgesetz gekürzt: 26 Millionen €. Sie kappen jetzt die Mittel für die unabhängigen Beratungsstellen für Arbeitslose: rund 5 Millionen €.

Diese Liste ließe sich lange fortsetzen. Einbehalten, kappen, streichen, kürzen – das sind die Worte, die einem einfallen, wenn man an die Politik dieser Landesregierung im Hinblick auf die Kommunen denkt. Ich nenne die Zahl noch einmal: Mehr als